Nr. 05 – 34. Jahrgang – 06.03.2024

Fürstenwalder FW Die Fürstenwalder Zeitung

HAUKE-VERLAG 33 JAHRE Für die Meinungsfreiheit

Älteste Anzeigenzeitung in Fürstenwalde

Bürger gegen Ausbau, Henryk Pilz zurückgetreten, Brandanschlag

# Situation um Tesla eskaliert

Eine riesige Autofabrik im Wald und zudem mitten im Trinkwasserschutzgebiet – konnte das wirklich gutgehen? Als 2020 mit dem Bau der Gigafactory begonnen wurde, jubelte die Landesregierung, der Klimaschutz käme jetzt direkt zu uns. Die Vernichtung von 300 Hektar Wald, der drohende Wassermangel und die Gefahr für das Grundwasser bei der Herstellung von riesigen Batterien – es war alles egal.

Vier Jahre und viele Störfälle später ist die Akzeptanz für die Gigafactory Grünheide auf ein Minimum geschrumpft. Der vorgesehene Tesla-Ausbau, der mindestens weitere 100 Hektar Wald kosten wird, wurde von den Einwohnern Grünheides bei einer Bürgerbefragung mit Zweidrittel-Mehrheit abgelehnt. Die Gemeindeverwaltung musste am 22. Februar das für sie niederschmetternde Ergebnis bekanntgeben. Das Votum ist allerdings nicht bindend. Die Gemeindevertretung kann den Tesla-Plänen dennoch zustimmen. Um das zu verhindern, haben Aktivisten nun das bedrohte Waldstück besetzt und Baumhäuser errichtet.

Der Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) betrachtete die Industrieansiedlung im Trinkwasserschutzgebiet von Anfang an kritisch. Das hatte zur Folge, dass die Leitung des WSE Ende September vergangenen Jahres abgesetzt werden sollte. Die Verbandsversammlung, bestehend aus den 16 Mitgliedsgemeinden, lehnte die Abwahl von Verbandsvorsteher André Bähler und seinem Stellvertreter Gerd Windisch jedoch mit großer Mehrheit ab. Am 1. März 2024 trat nun der Vorsitzende der Verbandsversammlung, Erkners Bürgermeister Henryk Pilz, im Zuge der neuesten Enthüllung über verseuchtes Tesla-Abwasser zurück. Der Verbandsvorsteher hatte eine Beschlussvorlage eingebracht, nach der der WSE kein Tesla-Abwasser mehr abnehmen sollte. Tesla hatte den Wasserverband vorher vor einem Entsorgungsstopp gewarnt: „Ihnen ist bekannt, dass der Stopp einer Einleitung der Abwässer der Gigafactory zu einem Produktionsstopp der Gigafactory führen würde. Ein solcher Beschluss verursacht täglich einen Schaden in Millionenhöhe“, schrieb Tesla an WSE-Chef André Bähler und den zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden Vorsitzenden der Verbandsversammlung, Henryk Pilz.

Die Verbandsversammlung vertagte die Entscheidung auf unbestimmte Zeit. Henryk Pilz zog die Konsequenz und trat mit sofortiger Wirkung zurück. „Ich bin nicht mehr bereit, in dieser Konstellation die Verbandsversammlung nach außen hin zu vertreten“, sagte Pilz der dpa. Tesla leitet also weiter sein weit über den Grenzwerten verschmutztes Abwasser ein und der Landkreis erklärt, dass keinerlei Gefahr für die Bevölkerung bestünde. Bei vielen Bürgern stellt sich jedoch die Frage, wofür es dann Grenzwerte und ein Trinkwasserschutzgebiet überhaupt gäbe.

Am 5. März eskalierte die Situation weiter. In Folge eines Brandanschlages fiel bei Tesla, aber auch in Erkner und Teilen Köpenicks der Strom aus. Betroffen außerdem: das Gewerbegebiet Freienbrink.

In Steinfurt, das zu Gosen-Neu Zittau gehört, gab es am 5. März um 4:50 Uhr einen lauten Knall. Das Umspannwerk stand in Flammen. Zwei Stunden später zogen sich die Einsatzkräfte fluchtartig zurück, weil sie in der Nähe des brennenden Trafos einen Zettel fanden, auf dem stand: „Kampfmittel hier verbuddelt“.

Nachdem Tesla zu Lockdownzeiten riesige Waldflächen rodete und die Errichtung der Gigafactory ohne spürbare Proteste durchziehen konnte, eskaliert nun die Situation. Zu den Gegnern der Autofabrik an diesem Standort zählten von Anfang an die BI Grünheide sowie der VNLB Brandenburg, das Bürgerbündnis Grünheide, die ÖDP und die AfD. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Gemeindevertretung, im Kreistag und in der Landesregierung konnten sie sich jedoch nur wenig Gehör verschaffen.

Zurzeit wird der Freienbrinker Kreisel wegen Tesla zu einer riesigen Ampelkreuzung umgebaut. Auch hier sind zahlreiche Bäume in allen vier Richtungen abgeholzt worden. Außerdem sollen zwischen den Ortsteilen Hangelsberg und Kienbaum weitere 370 Hektar Wald für Windräder vernichtet werden; es geht um Klimaschutz! Das Wort von „Grauheide“ macht die Runde. Ob die Bevölkerung die weitere Vernichtung ihrer Heimat genauso klaglos wie bisher hinnehmen wird, erscheint angesichts der Eskalation um Tesla zumindest fraglich. **Michael Hauke**

EP: Electro Christoph
Hausgerätekundendienst - Meisterbetrieb -
Unser Service macht den Unterschied
- Hausgeräteservice
- alle Fabrikate
- Einbaugeräteservice
Hausgeräte-Kundendienst Service: (03361) 6 92 25

# Konstante Qualitätssteigerung – Docemus setzt neue Maßstäbe in der Führungskräfteentwicklung

Die Entscheidung zur aktiven Weiterentwicklung der Führungsqualitäten markiert für die Docemus der beruflichen Identität der Leitungsteams an den Standorten und zur Integration neuester Erkenntnisse in den unternehmensinternen Führungspraktiken.

„zusammenWachsen“ nennt sich das Programm, an dem Docemus als Teil der unternehmensweiten Strategie zur kontinuierlichen Qualitätssteigerung teilnimmt. Dort bietet sich den Führungskräften eine Vielzahl von Schulungen, Workshops und Austauschmöglichkeiten. Der Fokus liegt dabei auf der Entwicklung maßgeschneiderter Führungskompetenzen, um die dynamischen Herausforderungen der Bildungslandschaft noch besser navigieren zu können.

Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen auf der Entwicklung einer neuen Art, Personalführung zu interpretieren. Es geht um ein wertschätzendes Miteinander, empathische und klare Kommunikation. Das Personal soll gemeinsam Ziele entwickeln und eigene Interessen einbringen – alles mit dem Ziel, als Gemeinschaft das Konzept von Docemus zu leben. Dabei ist ausdrücklich erwünscht, dass eigene Interessen im Sinne der Unternehmens-DNA zielführend eingesetzt werden. Das Resultat: ein Kollegium, das gern zur Arbeit geht, sich gesehen und gehört fühlt, viel Eigenverantwortlichkeit mitbringt. Am Ende profitieren vom Schüler bis zur Geschäftsführung alle von dieser Art des Miteinanders.

Zuletzt kam es in Form eines internationalen Austauschs zum Treffen mit niederländischen Schulleitungen. „Das Treffen war sehr ergiebig und aufschlussreich“ berichtet Sandra Steinfurth, die Schulleiterin des Docemus Campus Blumberg. „Unsere Tandempartner, die in den Niederlanden „Master Education Leadership“ studieren, sehen ähnliche Möglichkeiten in ihrem beruflichen Alltag – uns eint die Erkenntnis, dass es einen großen Mehrwert liefert, wertschätzend zu kommunizieren und zu arbeiten.“ In der Besichtigung des Campus wurden viele Gemeinsamkeiten gefunden, aber auch Entwicklungschancen und bereits sehr gut funktionierende Bereiche entdeckt. „Besonders im Bereich des Miteinanders im täglichen Kontext Schule machen wir bereits vieles richtig. Auch die fortlaufende Digitalisierung des Lernprozesses funktioniert bereits sehr gut“, so Frau Steinfurth weiter. Ein großer Mehrwert sei auch der Austausch zur Führung von Personalgesprächen gewesen. Sie bieten die ideale Bühne, um die Basis für eine wertschätzende Kommunikation zu legen.

Silke Lubitz, stellvertretende Direktorin des Campus Neu Zittau, war ebenfalls am Austausch beteiligt. Im Dialog mit ihren Tandempartnern wurde deutlich, wie fortschrittlich Docemus daran arbeitet, das pädagogische Konzept als Team zu leben und weiterzuentwickeln. Dafür sei besonders entscheidend, das Kollegium mit auf die Reise zu nehmen und ihnen Angebote zur Mitgestaltung zu machen.

Der Kern des Austauschs liegt darin, im Dialog bewährte Prozesse weiterzuentwickeln und offen für Innovationen zu bleiben. Dabei wird ein starkes Netzwerk von Gleichgesinnten aufgebaut und damit auch der Gedanke, in Zukunft gemeinsam die Bildungslandschaft zu gestalten.

„Mindful Leadership“ ist nicht nur ein Gedanke, sondern eine Verpflichtung von Docemus, auch weiterhin transformative Veränderungen auf individueller und unternehmensweiter Ebene zu bewirken. Durch die gezielte Entwicklung der Leitungsteams streben unsere Standorte danach, nicht nur die Qualität der Schulen zu steigern, sondern auch einen nachhaltigen positiven Einfluss in der globalen Bildungsgemeinschaft auszuüben. Die seit Jahren vielfältig stattfindende Weiterbildung, an der führende Persönlichkeiten aller Standorte beteiligt sind, stellt dabei eine wichtige Säule dar.

Während die Direktorate der Standorte den Startschuss gegeben haben, wird auch das erweiterte Führungsteam der Campusentwickler zukünftig die Gelegenheit zur Partizipation und Mitwirkung haben. Die Teilnahme am Leadership-Programm bietet nicht nur eine einzigartige Chance zur persönlichen und professionellen Weiterentwicklung, sondern unterstreicht auch die Ambition von Docemus, Qualitätsmanagement und -entwicklung in allen Bereichen zu leben – von der Führungsriege hinein in jede Unterrichtsstunde.

**www.docemus.de**

# Die Stasi lässt grüßen!

***von Jan Knaupp***

Deutschlands Innenministerin Nancy Faeser hat einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vorgestellt und einen harten Schlag gegen Demokratiefeinde angekündigt. Warum sich dieser Aktionsplan aber ausschließlich nur gegen Rechtsextremismus richtet, will sich mir nicht erschließen. Wo bleiben die Aktionspläne gegen Linksextremismus, gegen islamistischen Extremismus oder gegen extremistische Bestrebungen von ausländischen Organisationen in Deutschland? Wahrscheinlich bekommt man da momentan weniger Beifall, als wenn man sich lautstark um den Kampf gegen rechts verdient macht.

Mit diesem Hintergrund drängt Faeser jetzt jedenfalls auf das Inkrafttreten eines sogenannten Demokratiefördergesetzes. Mit diesem Gesetz wollen es das Innen- und das Familienministerium möglich machen, dass Initiativen, die sich für das Demokratieverständnis der Regierungsparteien einsetzen, finanziell mit staatlichen Mitteln unterstützt werden.

Das irritiert mich, das hört sich für mich stark nach DDR an. Vereine, Organisationen und Bündnisse, die sich um den Staatsauftrag verdient machen, werden dann mit staatlichen Mitteln belohnt. Vereine, Organisationen und Bündnisse, die den Verfassungsschutz über „Verdachtsfälle“ informieren – das hatten wir doch schon mal! Steuergelder für Demokraten, die eigentlich Antidemokraten sind – die Stasi lässt grüßen!

Die, deren demokratisches Verständnis von der staatlichen Vorgabe abweicht, die sich nicht ihre Denk- und Lebensweise diktieren lassen, stehen dann automatisch auf der Liste der Staatsfeinde.

In einer Zeit, in der die Ampelregierung für ihre Politik immer offener und lauter kritisiert – die Opposition aber immer stärker wird – versuchen Politik, Haltungsjournalisten und Mainstream-Medien durch öffentliche Warnungen vor Unterwanderung durch rechtextremistische Gruppen, die Proteste der Unzufriedenen als Gefahr für die Demokratie darzustellen.

Bauern- und Handwerkerproteste, Demos gegen die wirtschaftsfeindliche Politik der Ampel oder auch Antikriegs-Demos bekommen durch Regierungspolitiker und die öffentlich-rechtliche Medienmaschine den Stempel eines rechten Gefahrguttransportes aufgedrückt. Legitime und friedliche Proteste gegen die Regierung werden mit einem negativen Stigma versehen und als Bedrohung dargestellt.

So appellierte Minister Lindner beim FDP-Dreikönigstreffen im Januar an Landwirte: „Lassen Sie sich nicht unterwandern und instrumentalisieren. Sie haben sich verrannt, bitte kehren Sie um!“. Olaf Scholz spricht von „pauschaler Wut und Gewalt“ und sieht die Gefahr durch demokratiefeindliche Gruppierungen bei den Bauernprotesten. Wirtschaftsminister Robert Habeck sprach in den sozialen Medien zu seinen Followern über Proteste gegen die Ampel, die seiner Meinung nach von rechten Gruppierungen initiiert wurden.

Egal wer sich kritisch äußert und den Rücktritt der Ampel fordert, wird mittlerweile automatisch als rechts gestempelt. Corona-Demonstrationen – rechts gestempelt, Impfgegner – rechts gestempelt, Antikriegs-Demos – rechts gestempelt, Bauernproteste – rechts gestempelt, Mittelstandproteste – rechts gestempelt.

Wird der Bürger unbequem, nennt man ihn schnell rechtsextrem! Und bei diesem Verdacht könnte dann Nancy Faesers Aktionsplan gegen Rechtsextremismus und der harte Schlag gegen Feinde der Demokratie Anwendung finden – auch wenn man kein potentieller Staats- und Demokratiefeind ist. Die Stasi lässt grüßen!

Denkanstoß: Das Ministerium für Staatssicherheit in der DDR ging gegen Personen vor, die im Verdacht standen, eine potentielle Gefahr für die Regierung und deren vorgegebene Ideologie zu sein. Jegliche Opposition wurde als gefährlich eingestuft.

So ähnlich ist es heute. Jegliche Opposition kann von staatlicher Seite als gefährlich eingestuft werden – gefährlich für den Machterhalt der aktuellen Regierung.

Doch was bleibt, wenn regierungskritische Oppositionen, die die Politik der herrschenden Parteien ablehnen, kalt gestellt werden, wenn Kritik am Staat als verfassungsfeindlich gestempelt wird? Das hatten wir doch schon mal!

Für mich hören sich die Vorhaben der Genossin Faeser an, als hätte der Genosse Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit der DDR (1957-1989), ihr die Richtung gewiesen. Die Stasi lässt grüßen!

KNAUPPS KOLUMNEN
Jederzeit online lesen!
Homepage: www.hauke-verlag.de
Instagram: jan.knaupp

**Impressum**
FW erscheint im 34. Jahrgang

**Gründer von FW:**
**Andreas Baucik †**
**und Michael Hauke**

**Verlag:** Michael Hauke Verlag e.K., Alte Langewahler Chaussee 44, 15517 Fürstenwalde, Tel.: (03361) 5 71 79
**www.hauke-verlag.de**
(hier finden Sie auch unsere DSGVO-Informationen)
**Postanschrift:** Michael Hauke Verlag e.K., Alte Langewahler Ch. 44, 15517 Fürstenwalde. V.i.S.d.P.: Michael Hauke.
**E-Mail:** info@hauke-verlag.de. **Druck:** BV Berliner Zeitungsdruck GmbH, FW erscheint alle 14 Tage am Mittwoch/Donnerstag im Altkreis Fürstenwalde. Es gelten die Mediadaten unter www.hauke-verlag.de. Anzeigen- und Redaktionsschluss ist jeweils am Donnerstag vor Erscheinen, 12.00 Uhr.

Anzeigenblätter in Brandenburg seit 1990
HAUKE VERLAG

*Die Zeitungen des Hauke Verlages:*

**FW, die Fürstenwalder Zeitung**
Tel. (03361) 57 179
Jan Knaupp: 0172/600 650 2
Norbert Töbs: 0152/54 24 79 92

**BSK, die Beeskower Zeitung**
Tel. (03361) 57 179
Jan Knaupp: 0172/600 650 2

**Kümmels Anzeiger**
Tilo Schoerner: (03361) 57 179
Andrea Modeß: 0177/32 10 506

**Grundgesetz, Artikel 5**
Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Ländliche Gastlichkeit im Familienbetrieb
seit mehr als 200 Jahren
Gasthof Simke und Pension

· gut bürgerliche Küche & Hausmannskost
· täglich frisch zubereitet mit regionalen Produkten
· auch vegetarische, sowie Fisch- & Wildgerichte
· Kaffee, Kuchen & Eisbecher

Bald ist Ostern!

Wir freuen uns über Ihren Besuch und bitten um Platzreservierung unter (033677) 5742!

Öffnungszeiten:
Mo.-Mi. 11.30-14.30 Uhr und 17-20 Uhr,
Do. 11.30-15 Uhr, Freitag Ruhetag
Sa.-So. 11.30-20 Uhr

Ostermontag durchgehend von 11.30-20 Uhr geöffnet!

Kirchstraße 5, 15848 Herzberg, Tel.: 033677/5742 Fax: 626949
E-Mail: gasthof-simke@t-online.de, Internet: www.gasthof-simke.de

# Finanzwissen: Neue Förderchance seit 1. Januar 2024

## Holen Sie mehr aus Ihrem Gehalt! Beratungswochen bei der Sparkasse

**Der Bau oder Erwerb der eigenen Immobilie ist für viele die größte Investition ihres Lebens. Da zählt bei der Finanzierung jeder Euro. Bausparende können Zuschüsse von Staat und Arbeitgeber nutzen, um für ihr Eigenheim zu sparen oder bei der Finanzierung schneller schuldenfrei zu werden. Zu den möglichen Förderungen gehören neben der Wohnungsbauprämie auch vermögenswirksame Leistungen (VL), Wohnriester und Arbeitnehmer-Sparzulage. Wer jetzt mit dem Bausparen beginnt, kann außerdem noch günstige Zinsen über die gesamte Kreditlaufzeit langfristig festschreiben.**

Seit 1. Januar 2024 gibt es eine neue Förder-Chance. Die staatliche Förderung für vermögenswirksame Leistungen wurde deutlich ausgeweitet. Seit Jahresbeginn gelten neue erhöhte Einkommensgrenzen für die Arbeitnehmer-Sparzulage. Sie wurden mehr als verdoppelt.

Dadurch werden deutlich mehr Menschen durch die vom Arbeitgeber gezahlten VL staatlich gefördert. Alleinstehende erhalten die Zulage ab sofort bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 40.000 Euro

statt bisher 17.900 Euro. Für verheiratete Paare wird die Einkommensgrenze von 35.800 Euro auf 80.000 Euro angehoben. Da viele Sparer nun förderberechtigt werden, ist das eine gute Nachricht für Bausparer und Finanzierer, für Häuslebauer und Erwerber. Wichtig zu wissen ist, dass die neue Förderung sowohl für Neu- als auch Bestandsverträge gilt.

VL sind eine freiwillige Leistung der Arbeitgeber. Wer sie in einen Bausparvertrag investiert und unterhalb der Einkommensgrenzen verdient, bekommt auf Antrag als Sparzulage neun Prozent zusätzlich. Die jährlich maximal geförderte Sparleistung liegt bei 470 Euro. Bei zwei miteinander verheirateten oder verpartnerten Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern sind es 940 Euro. Das bedeutet, dass die maximale Sparzulage 43 Euro bzw. 86 Euro beträgt, die so pro Jahr auf das Bausparkonto fließt.

Wer keine VL erhält, kann die staatliche Zulage trotzdem voll nutzen. Der fehlende Betrag kann vom eigenen Gehalt durch den Arbeitgeber direkt auf das Bausparkonto überwiesen werden. Die Arbeitnehmersparzulage kann außerdem bis zu vier Jahre rückwirkend über die Steuererklärung beantragt werden, wenn die entsprechenden Einzahlungen jeweils bis 31. Dezember auf dem Bausparvertrag eingegangen sind.

Die Bonuszahlungen werden nach sieben Jahren gesammelt vom Finanzamt auf den Bausparvertrag ausbezahlt. Ist der Bausparvertrag zuteilungsreif, kann das Bauspardarlehen in Anspruch genommen werden. Die staatliche Förderung hilft so, den Bausparvertrag schneller zu besparen. Es ist geschenktes Geld, das als zusätzliches Eigenkapital für die Wunschimmobilie oder auch ein Modernisierungsvorhaben zur Verfügung steht. Millionen Deutsche werden dadurch mit einer besseren Förderung zur Vermögensbildung angeregt.

Noch ein Tipp: Wer aufgrund der Einkommensgrenzen keine Arbeitnehmersparzulage erhalten kann, weil er über der liegt, kann für diese und weitere eigene Einzahlungen die Wohnungsbauprämie beantragen. Auch hierfür gelten Einkommensgrenzen, die deutlich höher liegen.

Zusätzlich kann ab 2024 das Geld aus dem Wohnriester-Vertrag auch zur energetischen Sanierung des Hauses genutzt werden. Bisher ging das nur fürs Bauen, Kaufen oder den altersgerechten Umbau. Künftig kann auch das genutzt werden, um zum Beispiel neue Fenster einzubauen oder die Fassade zu dämmen.

**Beratung in jeder Geschäftsstelle der Sparkasse Oder-Spree.**
**0335 5541-2020 | www.s-os.de.**

AKTION
Sichere dir bei Abschluss eines 1 oder 2-Jahresvertrages ein Probierpaket ausgewählter Kosmetikprodukte!*
SONNE SO VIEL DU WILLST AB 9,50 € PRO WOCHE
*Nur solange der Vorrat reicht.
• täglich bis 25 Minuten sonnen
• 20 % Rabatt auf alle Solarkosmetik-Produkte
• inklusive Slimyonik
• bei jedem Besuch auf Wunsch ein Gratisgetränk
sonne3000 SONNENSTUDIO
Ihr gut gelauntes Sonnenstudio-Team aus der Frankfurter Str. 16 in Fürstenwalde

Das Leben schreibt viele Geschichten!
In einigen kommen auch wir vor. Seit 30 Jahren pflegen unsere Mitarbeiter Ihre Angehörigen engagiert und fürsorglich. Für Ihr Vertrauen möchten wir uns bedanken - auf diesem Wege und durch unsere tägliche Arbeit.
Seit 30 Jahren für Sie da!
BENDEL
Häusliche Kranken- und Seniorenpflege
persönlich • freundlich • professionell
Fürstenwalde • Karl-Liebknecht-Straße 21 • 03361 345999

# Mehrheit gegen Tesla-Erweiterung

Die Grünheider Einwohner haben im Zuge einer Bürgerbefragung Ende Februar mit 3.499 Nein-Stimmen gegen eine Flächenerweiterung des Tesla-Werkes in Grünheide gestimmt.

„Das „Nein zur Erweiterung“ ist ein historischer Sieg für den Wald- und Wasserschutz – nicht nur in Grünheide, sondern auch für ganz Brandenburg und Berlin“, sagt Manu Hoyer von der Bürgerinitiative Grünheide. Das Wahlergebnis ist nicht bindend. Das Bündnis „Tesla den Hahn abdrehen“ fordert die Gemeindevertretung auf, gegen die Erweiterung stimmen. Auch das Land Brandenburg muss den demokratischen Willen achten und darf keine faulen Ausnahmegenehmigungen erteilen.

„Das Nein zeigt: Jetzt ist Schluss mit undemokratischen Ausnahmegenehmigungen und dem skandalösen Hinwegsehen über Umwelt- und Arbeitsverstöße. Jetzt heißt es: Tesla ganz den Hahn abzudrehen!“ sagt Lou Winters, Berliner Aktivistin für Klimagerechtigkeit.

„Unser Protest und das Wahlergebnis zeigen deutlich: Wassergerechtigkeit statt Konzernprofite. Wir sind für ein Ja zur demokratischen Planung der Wassernutzung und Produktion in Grünheide, für eine Mobilitätswende und Wassergerechtigkeit“, sagt Sahra, eine Potsdamer Aktivistin der Gruppe LEA.

# Votum gegen wirtschaftliche Zukunft

Der IHK-Hauptgeschäftsführer Gundolf Schülke sagt zum Ergebnis der Befragung der Grünheider zu den Erweiterungsplänen der TESLA-Fabrik: „Das Votum gegen die Erweiterung der Tesla Gigafactory ist ein Votum gegen die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Offenbar ist zu wenigen klar, welch ein enormer Wirtschaftsmotor dieses Vorzeigeprojekt weltweit ist. Und es ist offenbar zu wenigen bewusst, wie abschreckend diese Ablehnung für potenzielle internationale Investoren ist – gerade jetzt, wo Deutschlands Wirtschaft und besonders die Industrie schwächeln. Leider ist es weder Kommune, Politik noch Unternehmen gelungen, die Chancen der Erweiterungspläne aufzuzeigen. Wir hoffen, dass dieses Votum nicht zu einem abrupten Abbruch der Werksentwicklung führt und die Verantwortlichen eine zukunftstaugliche Entscheidung treffen. Wertschöpfung aus Industrie entfaltet sich über Jahrzehnte. Industrieentwicklung ist kein Spurt, sondern ein Marathon.“ **IHK Ostbrandenburg**

# Baumbesetzung in Grünheide

Seit dem 28.02.24 werden im Wald in Grünheide Baumhäuser gebaut. Die Initiative „Tesla Stoppen“ kritisiert damit den geplanten Ausbau der Tesla Gigafactory und setzt sich für eine sozial- und klimagerechte Mobilitätswende ein.

Als ich im Radio hörte, dass Umweltaktivisten ein Waldstück schützen, welches zur Erweiterung der Tesla-Autofabrik abgeholzt werden soll, war ich sehr dankbar. Es ist genug Schaden an unserer Umwelt angerichtet worden und das muss ein Ende haben. Ich überlegte, wie man die mutigen jungen Menschen, die sich für unsere Mutter Erde einsetzen, Kälte und Regen trotzen, unterstützen kann. So kaufte ich Bananen, Mandarinen, Äpfel, Nüsse und Müsliriegel, wobei mir Manuela Heidler und meine Tochter Kristin halfen. Wir fuhren bis zum Bahnhof Fangschleuse, wo man parken kann. Freundliche Leute begrüßten uns an einem Stand, und erklärten uns den Weg zu den Baumhäusern. Die Beschützenden empfingen uns mit Lächeln und Dankbarkeit. Vor Ort war Presse, rbb und Polizei in friedlicher Stimmung. **Regina Fischer**

Wir suchen Verstärkung!

***- Sachbearbeiter Innendienst***
- Rechnungskontrolle und -freigabe
- Stammdaten- und Kundenportalpflege
- Zuarbeiten für den Key-Account-Manager
- Bestelleingabe
- Preispflege

***- Mitarbeiter HALAL Schlachter/Fleischer***
- Durchführung und Überwachung der Schlachtung von Geflügel im Rahmen der HALAL Schlachtungen

***- Mitarbeiter Technik (Mechatroniker, Elektroniker und Betriebsschlosser)***
- Analyse und Behebung von Störungen an Auspreisanlage
- Pflege, Einrichtung und Durchführung von Wartungsmaßnahmen an Anlagen
- Wartung, Reparatur und Instandhaltung unserer Produktionsanlagen
- Montage und Demontage von Maschinen und Anlagen

Alle Stellen sind für m/w/d ausgeschrieben.

Interessiert? Schicke deine Bewerbungsunterlagen an:

PLUKON food group

**Plukon Storkow GmbH**
**Personalabteilung**
**Fürstenwalder Straße 55**
**15859 Storkow**
Tel. 033678 404318/88
Personalabteilungstorkow@plukon.de

Wir suchen Verstärkung!

***Lagermitarbeiter Versand m/w/d***

Wir wünschen uns teamorientierte Mitarbeiter zur Unterstützung im Bereich Versand.

**Deine Aufgaben als Lagermitarbeiter Versand sind:**
- Lagerhaltung
- Verladung der Ware
- Teilnehmen an Inventuren
- Staplerschein notwendig – mit Erfahrung für Hochregale

**Das können wir für Dich tun:**
- leistungsgerechte, tarifliche Bezahlung
- Unterstützung und Finanzierung von Weiterbildungen
- Sonderzahlung wie Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie sonstige Benefits
- Flache Hierarchien und kurze Entscheidungswege

Reichen Sie bitte Ihre Bewerbung bei uns ein:

PLUKON food group

**Plukon Storkow GmbH**
**Personalabteilung**
**Fürstenwalder Straße 55**
**15859 Storkow**
Tel. 033678 404318/88
Personalabteilungstorkow@plukon.de

# Friedensfront (fast) aller Parteien auf Oder-Spree Kreistag

Am 28. Februar kam es während des Kreistags im Landkreis Oder-Spree zu einer bemerkenswerten Entwicklung: eine Art Palastrevolution, als über zwei Friedensresolutionen abgestimmt wurde – eine von der AfD und eine von der LINKEN.

Bereits im Vorfeld hatten der Kreistagsvorsitzende Franz Berger (SPD) und Landrat Frank Steffen (SPD) angekündigt, die Abstimmung zu boykottieren. Sie führten an, dass sie aus ihrer Position heraus von Amts wegen nicht befugt seien, eine solche Resolution an die Bundesregierung zu senden. Eine abschließende Klärung dieser rechtlichen Frage wurde in Aussicht gestellt.

Der Antrag der AfD-Fraktion für eine Friedensresolution wurde als Tagesordnung zuerst von Pfarrer Bernhard Storek (AfD) in seinem charakteristischen Stil vorgetragen. Er appellierte an den gemeinsamen Wunsch nach Frieden. Anschließend teilte Hildegard Vera Kaethner (parteilos) ihre persönlichen Erfahrungen mit politischen Eskalationen und Krieg und ermutigte die Anwesenden, über ideologische Schranken hinwegzusehen. Trotz dieser Appelle scheiterte der Antrag der AfD bei der namentlichen Abstimmung.

Eine bemerkenswerte Wendung nahm die namentliche Abstimmung über die zweite Friedensresolution. Diese wurde mit einer Mehrheit der Abgeordneten aus den Reihen der AfD, CDU, LINKEN, sowie B-J-A/FDP/BVFC, mit Ausnahme der GRÜNEN, der SPD und gegen den Willen des Kreistagsvorsitzenden und des Landrates angenommen. So formierte sich plötzlich eine neue Front für den Frieden und es gelang was zuvor unmöglich schien.

Die Frage, wie sich der Landrat nun verhalten werde, wurde in tumultartigen Auseinandersetzungen übertönt, die außerhalb der eigentlichen Geschäftsordnung aufkamen.

**Dr. Felix Mühlberg,**
**Kreistagsabgeordneter im**
**Brandenburger Kreistag Oder-Spree**
Quelle: oder-spree-piraten.de

**Statement Landkreis Oder-Spree:**
Die Anfrage des Hauke-Verlags bezüglich einer Weiterleitung der Resolution durch den Landrat beantwortet Karolin Ring, Pressesprecherin Landkreis Oder-Spree wie folgt:
„Der am 28.02.2024 gefasste Beschluss wurde am 05.03.2024 aus dem Büro des Landrats Frank Steffen an den Chef des Bundeskanzleramts Wolfgang Schmidt geschickt, mit der Bitte diesen an den Bundeskanzler und die Mitglieder der Bundesregierung weiterzuleiten."

# Landrat verweigerte seine Pflicht gegenüber dem Kreistag

Der Landrat Oder-Spree Herr Frank Steffen erklärte in der Sitzung des Kreistags am 28.02.24, dass er bei Beschluss einer der vorliegenden Resolutionen diese nicht unterschreiben und an den Bundeskanzler weiter leiten würde.

***Was war geschehen?***

Die AfD-Kreistagsfraktion hatte zur Sitzung des Kreistags fristgerecht eine Resolution „Diplomatie statt Waffenlieferungen" eingebracht. Lange Zeit gab es darauf keinerlei Reaktion, bis die Linke einen Tag vor der Kreistagssitzung einen „Ersetzungsantrag" zu dieser Resolution einbrachte. Nur dass es solch einen Antrag gar nicht gibt. Nur ein Änderungsantrag zum Ersatz des Textes eins bereits vorliegenden Antrags ist möglich und zulässig.

Vor der Abstimmung zu diesen beiden Anträgen erklärte der Landrat ohne weitere Begründung, dass er bei Beschluss einer der vorliegenden Resolutionen diese nicht unterschreiben und an den Bundeskanzler weiter leiten würde.

Nichts desto trotz lies der Kreistagsvorsitzende Dr. Franz Berger (SPD) beide Anträge unabhängig voneinander abstimmen, wozu jeweils namentliche Abstimmung beantragt wurde. Zuerst den der AfD-Kreistagsfraktion, den SPD, CDU, Linke und Grüne ablehnten. Dann den der Linken, den Die Linke, die AfD (fast vollständig) und BJA unterstützten. Denn die Frage Krieg oder Frieden steht über parteipolitischem Klein-Klein.

„Bei seiner Erklärung hat der Herr Landrat übersehen, dass der Kreistag sein Dienstvorgesetzter ist und er die Beschlüsse des Kreistags umzusetzen hat. Hier kann man eben nicht Politik nach Gutsherrenart machen, wie es in der SPD üblich ist und gerne im Kreis und im Land praktiziert wird. Nach dem Motto: Was wollt ihr denn? Brandenburg gehört doch uns!" so Philip Zeschmann von der AfD-Kreistagsfraktion. Dieser hatte auch in einer Reaktion auf die öffentlichen Einlassung des Landrats erklärt, dass seine Fraktion dessen Rücktritt fordern müsse, wenn dieser die Umsetzung eines Kreistagsbeschluss verweigere.

*Am 05.03.2024 wurde letztendlich aber doch diese Resolution durch den Landrat an die Bundesregierung weitergeleitet.*

**Dr. Philip Zeschmann,**
**AfD-Kreistagsfraktion**

# Resolution an die Bundesregierung beschlossen

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschloss in seiner Sitzung am 28. Februar 2024 auf Antrag der Linksfraktion einen Brief an die Bundesregierung, in dem es u.a. heißt, „als politische Vertreter des Landkreises Oder-Spree ist es unser oberstes Ziel, den Einwohnern eine lebenswerte Umgebung zu schaffen - durch Gestaltung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unserer Region Dieses Ziel sehen wir durch die Bundespolitik massiv gefährdet…

Wir rufen Sie als Bundesregierung deshalb auf, alles zu unterlassen, was diesen Krieg verlängert und alles dafür zu tun, dass die Waffen schweigen!"

In der Diskussion wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dieser Brief möge dazu beitragen, dass die neuerlich vom Bundeskanzler verkündeten „roten Linien" – keine weitreichenden deutschen Waffen in diesen Krieg, keine Truppen in die Ukraine – dieses Mal Bestand haben.

**Dr. Artur Pech,**
**Fraktionsvorsitzender Fraktion**
**DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree**
**(Brandenburg)**

# Ersetzungsantrag zum Antrag der AfD 2024 von der Fraktion DIE LINKE, Sitzung des Kreistages am 28.02.2024

**Brief an die Bundesregierung**

Der Kreistag möge beschließen:

(1) Der Kreistag beschließt den Brief an die Bundesregierung

(2) Der Landrat wird beauftragt, den Text des Briefes als Position des Landkreises an den Bundeskanzler und die Mitglieder der Bundesregierung zu übermitteln.

***Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,***

sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung, als politische Vertreter des Landkreises Oder-Spree ist es unser oberstes Ziel, den Einwohnern eine lebenswerte Umgebung zu schaffen - durch Gestaltung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unserer Region.

Dieses Ziel sehen wir durch die Bundespolitik massiv gefährdet.

Den Herausforderungen der vergangenen Jahre begegneten die Bürgerinnen und Bürgern mit hohem Einsatz und beispielloser Solidarität.

Auch die Kommunen haben enorme zusätzliche finanzielle und personelle Anstrengungen unternommen um die Krisenbewältigung zu unterstützen.

Weitere Mehrbelastungen, wie sie jetzt als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg entstehen, sind nicht mehr hinnehmbar. Seitens der Bundesregierung gibt es keinerlei wahrnehmbares Bemühen um Diplomatie Waffenlieferungen und entfesselte Sanktionsmaßnahmen sind derzeit das alleinige Mittel der Wahl.

Wir wollen uns nicht anmaßen zu wissen, was die richtigen Mittel sind in dieser politischen Situation. Aber wir wissen, dass die Wirtschaft unseres Landes und der Wohlstand unserer Bevölkerung nur aufrechterhalten werden kann, wenn wir friedliche und neutrale Beziehungen zu anderen Ländern anstreben.

Deutschland verfügt nicht über Bodenschätze, Rohstoffe oder ausreichend sonstige Energiequellen und ist deshalb in hohem Maße abhängig von anderen Ländern. Auch, wenn dort andere Werte gelebt werden, darf ein dauerhafter Konflikt- oder gar Kriegszustand mit diesen Ländern niemals Ergebnis der deutschen Politik sein!

Angesichts der bereits jetzt absehbaren Folgen betrachten wir die Entwicklungen mit äußerster Sorge und Fassungslosigkeit Dabei gilt unser tiefes Mitgefühl den vielen Opfern des Krieges und auch jenen, die unter Sanktionen existenziell zu leiden haben.

Derzeit wird der soziale Friede in unserem Land auf eine harte Probe gestellt. Rezession und Betriebsschließungen sowie horrende Energiekosten treiben tausende Menschen nun regelmäßig auf die Straßen Das Vertrauen in Staat und Politik erodiert in wachsenden Teilen der Gesellschaft. Wenn sich der politische Kurs nicht ändert, werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen verheerend sein.

Symbolische Hilfen beheben leider keines der ursächlichen Probleme. Um es in den Worten Helmut Schmidts zu sagen: „In der Krise beweist sich der Charakter." Wir rufen Sie als Bundesregierung deshalb auf, alles zu unterlassen, was diesen Krieg verlängert und alles dafür zu tun, dass die Waffen schweigen!

Begründung: Dieser Text wurde folgt weitgehend dem von den Fraktionen am 30.11.2022 eingebrachten Antrag, der damals Stimmengleichheit erreichte.

Zwischenzeitlich ist die Lage noch deutlich gefährlicher geworden und viele Menschen sind im Krieg gestorben, von den Folgen der Entwicklung schmerzhaft betroffen, gehen auf die Straße, um eine Änderung der Politik zu erreichen.

Wir gehen davon aus, dass diese Entwicklung auch an den Mitgliedern des Kreistages nicht vorbeigegangen ist und stellen den Text deshalb nochmals zur Abstimmung.

# MST Reisen Herzberg GmbH & Co. KG

*— Für Sie unterwegs —*

## TAGESFAHRTEN 2024

**23.03.2024**

*Einkaufsfahrt ins A10 Center Wildau*
**Leistungen:** Busfahrt, ca. 5 Stunden Shopping-Aufenthalt im A10 Center
p.P. 28,-

**28.03.2024**

*Frühlingserwachen im Erzgebirge mit kunstvoller Ostereierschau*
**Leistungen:** Busfahrt, ganztägige Reiseleitung, Mittagessen, Kaffeegedeck, Eintritt Besuch der Themenschau im Depot Pohl-Ströher
p.P. 84,-

**16.04.2024**

*Helga Hahnemann-Show beim Rosenwirt „Jetzt kommt die Süsse“*
**Leistungen:** Busfahrt, Programm mit der Helga Hahnemann-Show, Mittagessen, Kaffeegedeck und Tanz
p.P. 79,-

**20.04.2024**

*Mit Volldampf zum Spargelessen*
**Leistungen:** Busfahrt, ganztägige Reiseleitung, Mittag-essen, Kaffeegedeck, Fahrt mit der Weißeritztalbahn
p.P. 83,-

**21.04.2024**

*Tulpenfest in Potsdam*
**Leistungen:** Busfahrt, ca. 90-minütige Stadtrundfahrt durch Potsdam mit Reiseleitung, anschließend individuelle Freizeit ca. 4 Stunden beim Tulpenfest
p.P. 45,-

**11.05.2024**

*Zum Muttertag – Eine Frühlingsfahrt auf der Saale* NEU
**Leistungen:** Busfahrt, Schnupperrundfahrt Halle, Mittagessen, 3-stündige Schiffrundfahrt auf der Saale, Kaffeegedeck
p.P. 93,-

**15.05.2024**

*Burgen-Tour durch den Fläming* NEU
**Leistungen:** Busfahrt, ganztägige Reiseleitung, Besuch der Burg Eisenhardt, Mittagessen, Besuch der Burg Rabenstein, Kaffeegedeck;
*Achtung:* Diese Tour ist nicht für gehbehinderte und Rollatoren geeignet
p.P. 78,-

### TAGESFAHRTEN INS BLAUE

| | |
|---|---|
| 04.05.2024 | *Fahrt Nr. 20* |
| 31.08.2024 | *Fahrt Nr. 21* |
| 28.09.2024 | *Fahrt Nr. 22* |

p.P. 79,-

## MEHRTAGESFAHRTEN 2024

**01.-05.07.2024**

*Inselträume – Rügen und Hiddensee erleben mit Störtebeker Festspiele*
**Leistungen:** Busfahrt
- 4 Ü/F/***-Hotel, 3x Abendessen
- 1x Fahrt mit dem Rasenden Roland
- 1x Schifffahrt entlang der Kreidefelsen, Fährüberfahrt Hiddensee
- 1x Ganztagesführung Hiddensee
- 1x Eintrittskarte Störtebeker Festspiele

**Buchung bis: 23.04.2024**
**Letzter kostenloser Stornotermin: 24.04.2024**
p.P. DZ 682,-
EZZ 144,-

**03.-09.05.2024**

*Eine Rundreise durch die klassische Toskana*
**Leistungen:** Busfahrt, 2 Ü/HP/*** Hotel im Raum Kufstein/Ebbs/Kiefersfeldern,
- 4 Ü/HP/*** Hotel der Landeskategroie in Montecatini Terme
- 1 Quietvox-Audio-Guide für 1-5 Tage
- 1 Espresso- oder Cappuccino Stopp in Lucca
- 1x Ganztagesführung Siena und San Gimignano
- eine 4er Weinprobe mit kleinen Beilagen (Brot, Oliven, Pecorino)
- ein Stadtrundgang Florenz

**Buchung bis: 31.03.2024**
**Letzter kostenloser Stornotermin: 02.04.2024**
p.P. DZ 883,-
EZZ 120,-

**19.-21.05.2024**

*Auf einen Abstecher nach Hamburg und ins Alte Land*
**Leistungen:** Busfahrt, 2 Ü/F/****Hotel
- 2x Abendessen in einem typischen Hamburger Lokal
- 1x Rundfahrt mit Reise-leitung Hamburg
- 1x Hafenrundfahrt in Hamburg
- 1x ganztägige Ausflug ins Alte Land mit Reiseleitung,
- 1x Kaffee und Kuchen auf einem Obsthof

**Buchung bis: 22.03.2024**
**Letzter kostenloser Stornotermin: 24.03.2024**
p.P. DZ 361,-
EZZ 100,-

**17.-20.06.2024** ACHTUNG TERMINÄNDERUNG!

*„Schiff ahoi – zwischen Rendsburg und Kiel…“*
*Eine technische Meisterleistung – der Nord-Ostsee-Kanal* NEU
**Leistungen:** Busfahrt, 3 Ü/HP/***-Hotel „Alter Landkrug“ in Nortorf, Reise-leitung Hr. Siedentopf,, Schifffahrt auf NOK mit Lunch- und Kuchenbuffet mit Getränken, Kaffeegedeck in der Schiffsbegrüßungsanlage, Fahrt Schwebefähre, Zugfahrt, Begrüßungsgetränk, Stadt-führung Rendsburg
p.P. DZ 545,-
EZZ 60,-

**20.-22.07.2024**

*Kulturerlebnis Freilichtbühne erleben – Bregenzer See-festspiele: Der Freischütz*
**Leistungen:** 2 Ü/F/****-Hotel, Eintrittskarte Kat. 3 für die Bregenzer Seefestspiele: Der Freischütz, Abendessen, Reiseleitung für Besichtigung Bregenz
p.P. DZ 480,-
EZZ 40,-

Hartensdorfer Str. 19 | 15848 Rietz Neuendorf OT Herzberg | Tel. 033677 326 | www.mst-reisen-herzberg.de
**BÜROZEITEN** Mo, Di & Do 09:00-17:00 Uhr | Mi 09:00-16:00 Uhr | Fr 09:00-13:00 Uhr

# Tesla leitet konzentrierte Gefahrstoffe ins Abwasser – Entsetzen über ungeahndete Überschreitung der Abwassergrenzwerte

Tesla leitete seit dem Erhalt seiner Betriebszulassung deutlich höher konzentrierte Schadstoffe ins Abwasser ein als zulässig.

Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP – die Naturschutzpartei) spricht von einem Fiasko: Die Partei legt einen Forderungskatalog auf den Tisch, der Tesla zwingen soll, umweltfreundlicher und transparenter zu produzieren.

„Ständig und in erheblicher Weise" würden die Grenzwerte des Vertrages zwischen Tesla und dem WSE verletzt. „Mehrere Aufforderungen und Abmahnungen blieben ergebnislos, eine Abhilfe wurde für die Zukunft weder angegangen noch in Aussicht gestellt", so die Kritik des Wasserversorgers. Die zulässigen Grenzwerte für wassergefährdende Stoffe für Phosphor und Gesamtstickstoff wurden um bis zu einem Sechsfachen überschritten. Nun drängt der Wasserverband die Bürgermeister der Region dazu, Tesla die weitere Abwasserannahme zu verweigern. Die ÖDP Brandenburg fordert deshalb für die Fabrik einen sofortigen Produktionsstopp!

Rückblick: Die Automobilfabrik wurde trotz des mangelhaften Schutzes u.a. der Wasservorräte seitens Teslas am 4.3.2022 seitens der Landesbehörden genehmigt: 66 Aktenordner umfassten damals die 536 Seiten plus 23.700 Seiten Anlagen – die Ladung eines Kleinlastwagens. Einwände von mehr als 800 Personen und Organisationen sollen angeblich geprüft und die Genehmigung an mehr als 400 Auflagen geknüpft worden sein, um rechtssicher zu entscheiden. Besonders großen Wert hätten laut Umweltminister Vogel die brandenburgischen Landesbehörden auf den Schutz der Umwelt und des Wassers gelegt.

Dies Vorgehen stellt sich im Nachhinein als eine absolute Provinzposse dar. Weiß man doch von Seiten der Umweltverbände und Naturschützer, dass viele Einwendungspunkte nie auf den Erörterungen behandelt wurden, weitreichende und fundamental wichtige Produktionsinformationen geschwärzt und somit nicht einsehbar waren. Unseres Erachtens ging es der Landesregierung immer nur um die Rechtssicherheit des Verwaltungsaktes als solches um nachfolgend weitere Konzernansiedlungen ins Bundesland zu locken, Brandenburg im Zeitraffer in einen hochkomplexen Industriestandort zu verwandeln ganz nach dem Vorbild Baden-Württemberg und Niedersachsen.

Wir sind besorgt, denn auch nach der Behandlung in einem Klärwerk werden Spuren von Substanzen wie Phosphor, Sulfat und anderen Verunreinigungen im Wasser verbleiben. Wasserwissenschaftler Martin Pusch vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) in Berlin warnt schon seit Langem, dass die hohe Konzentration von Gefahrenstoffen im Tesla Abwasser die Trinkwasserversorgung von Berlin gefährden könnte, sollten diese in die Berliner Gewässer gelangen. Gerade dort bezieht eines der größten Wasserwerke Trinkwasser aus dem Uferfiltrat des nahen Müggelsees für gut eine Million Berliner. „Massenhaftes Algenwachstum wäre zudem wahrscheinlich, Fischesterben nicht auszuschließen", erläutert der Wissenschaftler.

Thomas Löb, Landeschef der ÖDP Brandenburg dazu: „Nun kommt neben den hohen Wasserverbrauchszahlen auch noch ein Problem bei der Abwasserentsorgung hinzu. Tesla ist einfach nicht gewillt, einfachste Umweltstandards einzuhalten und will dies auch noch verheimlichen. Dies ist nicht hinnehmbar."

Für Tesla muss dies deshalb weitreichend und einschneidende Konsequenzen haben:

**Strafen und Bußgelder:** Die zuständigen Behörden müssen Tesla mit Geldstrafen belegen, um die Nichteinhaltung der Umweltauflagen zu ahnden.

**Umweltauflagen und Überwachung:** Tesla muss dringendst strengere Umweltauflagen auferlegt bekommen und sich einer intensiveren Überwachung unterziehen, um sicherzustellen, dass die gestatteten Abwassergrenzwerte eingehalten werden. Eine Selbstüberwachung von Teslas Schutzsystemen ist nicht mehr statthaft.

**Rechtliche Schritte:** Die ÖDP wird rechtliche Schritte gegen Tesla einleiten, um die Einhaltung der Umweltauflagen zu erzwingen.

**Transparenz und Kommunikation:** Die Behörden müssen transparent über den Fortschritt der Untersuchung informieren. Die Öffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse daran zu erfahren, wie die Situation behandelt wird, die zuständigen Behörden sollten weitere Untersuchungen durchführen, um die Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung zu bewerten.

**Anwendung des Vorsorgeprinzips:** Es verfolgt den Ansatz der Risikovermeidung, die besagt, dass eine Maßnahme nicht durchgeführt werden darf, wenn sie der Allgemeinheit oder der Umwelt Schaden zufügen kann und weiterhin kein wissenschaftlicher Konsens zu diesem Thema besteht.

**ÖDP – die Naturschutzpartei**

# Wiedereröffnung in Berkenbrück mit neuer Bewirtschaftung

***Berkenbrück.*** Regional, frisch und lecker, so stellt sich das Grundkonzept des wieder eröffneten Landgasthof „Spreetal" in Berkenbrück dar.

Der erfahrene Gastronom Frank Kuka verspricht deutsche, gut bürgerliche Küche. Als Maitre in angesehenen Häusern, wie dem Grand Hotel Berlin, Hotel Bellevue in Dresden oder im Arosa in Bad Saarow, um nur einige Stationen zu nennen, konnte er mit seinen Fähigkeiten überzeugen. Es wurde jedoch eine neue Herausforderung gesucht, nach Möglichkeit in die ländliche Ruhe. In Berkenbrück fand er ein geeignetes Objekt und bereits bei der Eröffnungsfeier am 22.02. konnte der neue Betreiber mit seinem Team die 300 neugierigen Gäste überraschen und begeistern. Geplant sind in naher Zukunft verschiedene Veranstaltungen. Des Weiteren steht das Restaurant mit den abtrennbaren Räumen sowie dem Festsaal für Feiern jeglicher Art zur Verfügung, um die Gäste gehörig zu verwöhnen. Hauseigene ausgelesene Weine und Spirituosen lassen dem Kenner keine Wünsche offen. Der ansprechende Hofgarten bietet bei schönem Wetter Entspannung und Wohlbefinden.

Das Team vom „Spreetal" freut sich auf seine Gäste und heißt Sie recht herzlich willkommen.

# Baumesse Mein HAUS und GARTEN – OderlandBau 2024 – am 16. und 17. März auf dem Messegelände Frankfurt (Oder)

**Mehr als 50 Bau-, Handwerks- und Vertriebsunternehmen stehen mit dem Motto „clever BAUEN | ENERGIE sparen | schöner WOHNEN“ für Interessenten bereit. „Wärmepumpe & Solarenergie“ ist das aktuelle Sonderthema.**

„clever BAUEN | ENERGIE sparen | schöner WOHNEN“ heißt es auf dem Messegelände Frankfurt (Oder) am 16. und 17. März 2024 zur aktuellen Auflage der OderlandBau – aus der Reihe der Baumessen Mein HAUS und GARTEN. Interessenten aus Brandenburg und Berlin erwartet hier das Angebot von mehr als 50 Bau-, Handwerks- und Vertriebsunternehmen, hauptsächlich aus der Region. Der Nerv der Zeit wird durch das diesjährige Sonderthema Wärmepumpe & Solarenergie getroffen.

Jeder hat sein individuelles Renovierungs-, Sanierungs- oder Bauvorhaben. In Anbetracht komplexer Angebote sowie stetig steigender Preise für das Bauen, Wohnen und den Immobilienkauf wird es für Bauherren und solche, die es werden wollen, für Hausbesitzer, Modernisierer, Energiesparer immer wichtiger, sich vor geplanten Maßnahmen möglichst detailliert zu informieren und Angebote zu vergleichen.

Mit kurzen Wegen und in überschaubarer Zeit geht das unter einem Dach auf der OderlandBau. Unverbindlich und unkompliziert können hier in familiärer Atmosphäre unterschiedliche Angebote direkt verglichen, Fragen direkt an den Messeständen geklärt und bei Bedarf Vor-Ort-Termine vereinbart werden.

Im Bereich „clever BAUEN“ gibt es Beratung zu aktuellen Fördermitteln und zur Finanzierung. Hausbauinteressenten können sich über verschiedene Ausbau-, Selbstbau- und Bausatzhäuser, Fertighäuser, Massivhäuser, Fachwerkhäuser und kleinere, ökologische und nachhaltige Fertighausbungalows informieren. Auch für Hausbesitzer interessant sind die vertretenen Anbieter von Fenstern, Türen, Treppen, Garagen, Carports, Zäunen, Toren und Torantrieben, Sprechanlagen und Briefkästen. Dach-, Fassaden- und Bausanierung sowie Gebäude- und Kellerabdichtung runden diesen Bereich ab.

Vieldiskutiert ist das Thema „ENERGIE sparen“. Mit unabhängiger und individueller Energieberatung steht die Verbraucherzentrale zur Verfügung. Das aktuelle Sonderthema Wärmepumpe und Solarenergie wartet mit verschiedenen Anbietern und unterschiedlichen Lösungen auf. Die Frage „Was passt überhaupt zu meinem Haus und zu meinen Anforderungen“ wird hier verständlich von Experten beantwortet. Stromspeicher, Ladeinfrastruktur, Flächenheizungen, Öfen, Kamine, Schornsteintechnik, Wärmeschutz, Einblasdämmung, Dämmstoffe und Lüftungsanlagen ergänzen diesen Bereich.

Für das „schönere WOHNEN“ im Außenbereich können auf der Messe Pflastersteine für Terrassen und Wege, Trocken- und Hohlmauerelemente, Rasenkantensteine, Palisaden, Garten- und Terrassenmöbel, Gartenhäuser, Markisen, Rollläden, Beschattungen, Terrassen- und Vordächer, Wintergärten und Anbaubalkone in Augenschein genommen werden. Professionelle Terrassenreinigung sowie Dach- und Fassadenreinigung sind ebenfalls im Angebot. Für den Innenbereich gehören hierzu Angebote wie Spanndecken, Türen-, Treppen- und Küchenrenovierung, Möbel und Möbelrestaurierung, Bodenverlegung und -pflege, Wasseraufbereitung, Fugenerneuerung, Schimmel- und Feuchteschädensanierung, Schädlingsbekämpfung und Raumpflegeprodukte.

Themenübergreifend bietet der Verband Deutscher Grundstücksnutzer Schutz, Rat und Hilfe rund um Haus und Grundstück.

Beiträge mit aktuellen Themen bietet das umfangreiche Besucherfachprogramm an beiden Messetagen. Produktvorstellungen und Neuheiten ausstellender Unternehmen wechseln hier mit firmenneutraler Beratung und wertvollen Tipps unabhängiger Experten.

Der Eintritt kostet 5, ermäßigt 3 Euro. Kinder/Jugendliche bis 16 Jahre haben (in Begleitung ihrer Eltern) freien Eintritt. Kostenfreies Parken, ein einladendes Messerestaurant und eine kostenfreie Kinderbetreuung gehören zum Standard der Messe.

Alle Informationen zur OderlandBau, ein Verzeichnis der teilnehmenden Unternehmen, die Themen und Startzeiten des Besucherfachprogramms sind unter www.messe-brandenburg.de zu finden bzw. beim Veranstalter js messe consult unter E-Mail: info@messe-brandenburg.de oder Tel.: 03338/3596985 erhältlich.

Mein HAUS und GARTEN
Sonderthema Wärmepumpe & Solarenergie
clever BAUEN
ENERGIE sparen
schöner WOHNEN
OderlandBau
16. + 17. März | Frankfurt (O.) | Messe
Infos unter:
www.messe-brandenburg.de
js • messe consult | Börnicker Str. 98 | 16356 Ahrensfelde | Tel.: 03338/3596985

SYRTAKI RESTAURANT
Wir wünschen ein frohes Osterfest!
Wir freuen uns, Sie begrüßen zu dürfen.
Unsere Öffnungszeiten: 11.30-14.00 Uhr|17.00-22.00 Uhr
Alexisstraße 1 | Ecke Rauener Straße | 15517 Fürstenwalde
Tel.: 03361 760635 | www.restaurant-syrtaki-fuerstenwalde.de

Bereits jetzt an die Osterfeiertage denken!
IMMER EIN REICHHALTIGES ANGEBOT –
REGIONAL, FRISCH & IN BESTER BIO-QUALITÄT
WIR BIETEN
✓ Produkte vom Geflügel, Lamm, Rind und Schwein
✓ frische Eier, Molkereiprodukte
✓ Bio Obst und Gemüse
✓ Backwaren, Süßigkeiten u.v.m.
Ein Besuch lohnt sich!
Naturkost Reim
Mühlenstr. 25
15517 Fürstenwalde
Öffnungszeiten:
Mo - Fr: 9:00 - 18:30 Uhr
Sa: 9:00 - 12:00 Uhr
Naturkost Reim

EDEKA

Ihr Markt in Fürstenwalde!

WIR LIEBEN LEBENSMITTEL

„Café Fürstenwalde“ – Frühstücksangebot nach Wahl

**Heiße Theke**
*stets frisch zubereitete Gerichte für die Mahlzeit zwischendurch: Haxen, Hähnchen oder Schenkel, hausgemachte Bouletten, saftiger Kasslerbraten, belegte Brötchen, Brötchen mit Leberkäse, verschiedene Burger oder Pizzen, Bockwurst und vieles mehr*

**Backwaren von der Bäckerei Schäfer**
*leckeres Torten- und Kuchenangebot, Kaffeespezialitäten als Filterkaffee oder aus dem Siebträgerautomaten des Kaffeehauses Moser in Wien, italienisches Eis „Bruno Gelati“ in der Waffel oder im Becher, Spezialbrote und Brötchen, auch für gesundheitsbewusste Genießer*

**Salat-Theke**
*stets frisches und wechselndes Angebot, zum selbst Zusammenstellen oder die hausgemachten Salate probieren – auch zum Mitnehmen. Frischen Orangensaft selbst pressen.*

Menükarte

ALLE GERICHTE AUCH ZUM MITNEHMEN!

| | | | |
|---|---|---|---|
| **bis 08.03.2024** | | | |
| **Donnerstag** | Schnitzel mit Blumenkohlrahm und Kartoffeln | **Portion** | **8,50 €** |
| **Freitag** | Wurstgulasch mit Penne | **Portion** | **6,50 €** |
| **11. bis 15.03.2024** | | | |
| **Montag** | Kartoffelsuppe | **Portion** | **5,50 €** |
| **Dienstag** | **Jeden Dienstag Burgertag** Burger + Pommes + Kaltgetränk | **jedes Menü NUR** | **10,50 €** |
| | Rindergeschnetzeltes Stroganov mit Spätzle | **Portion** | **10,50 €** |
| **Mittwoch** | Geschnetzeltes Züricher Art mit Bohnengemüse und Kartoffeln | **Portion** | **9,00 €** |
| **Donnerstag** | Hühner Nudeltopf | **Portion** | **6,00 €** |
| **Freitag** | Spinat mit Kartoffeln | **Portion** | **7,00 €** |

EINFACH REINSCHAUEN & GENIEßEN!

DER BESUCH LOHNT SICH!

Änderungen vorbehalten

**EDEKA Förster**
Lange Str. 45 | 15517 Fürstenwalde

Öffnungszeiten:
täglich 7.00 bis 21.00 Uhr
außer sonn-/feiertags

# Beratungsangebot der EUTB in Fürstenwalde

Unser Beratungsangebot der EUTB in Trägerschaft des Deutschen Schwerhörigenbundes – LV Brandenburg e.V. befindet sich ab 2023 in neuen Räumen in Fürstenwalde, Feldstraße 34, Bürogemeinschaft SpreeHub.

**Freie Sprechstunden mittwochs am 13.03., 20.03., 27.03. & 03.04.2024 von 10-12 Uhr und 13-15 Uhr.**

In dieser kostenlosen Beratung bieten wir Unterstützung und Informationen für Menschen mit (drohenden) Behinderungen und/oder Angehörige von Menschen mit Behinderungen an. Aus eigener Erfahrung beraten wir Sie individuell zu allen Fragen zur selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben, z.B. Gesundheit, Mobilität, Familie, Wohnen, Arbeit, Bildung, Freizeit, Hilfsmittel, Pflege und vieles mehr.

Bitte melden Sie sich vorab unter Tel.: (0335) 13099294 oder per E-Mail: eutb-bb@schwerhoerigen-netz.de an.

**Wir beraten, Sie entscheiden.**

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

**Frank Holländer und Astrid Wilhelm**

EUTB®
Ergänzende **unabhängige** Teilhabeberatung

Gefördert durch:
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

**Nächste Termine:**
**13.03., 20.03., 27.03. & 03.04.24**
10-12 Uhr & 13-15 Uhr

**Kontaktieren Sie uns!**
EUTB-LOS
Feldstraße 34
(bei SpreeHub)
15517 Fürstenwalde
Tel.: (0335) 13 09 92 94
✉: eutb-bb@schwerhoerigen-netz.de

**Becker & Armbrust GmbH**
*seit mehr als 125 Jahren*

**Ihr Entsorgungsfachbetrieb in Fürstenwalde**

**Unsere Leistungen:**
· Containerdienst von 5-36 m³
· Anlieferung von Boden, Splitt etc.
· Schrottannahme
· Annahme von Abfällen auf dem Werkshof

*Wir suchen Kraftfahrer!*
*LKW-Führerschein CE und Modul 95*

*Wir beraten Sie gern zum Thema Abfall und Nachhaltigkeit.*

**Montag-Freitag in der Zeit von 07.00-16.00 Uhr**

**Gern auch telefonisch, rufen Sie uns an!**

**Sebastian Hennig**
*Beratung und Vertrieb*
Mobil: 0172 395 9558
Email: shennig@becker-armbrust.de

**Becker & Armbrust GmbH**
James-Watt-Straße 6
15517 Fürstenwalde
Tel.: 03361 310 031
www.becker-armbrust.de

**Fürstenwalde/Spree – Motorrad gestohlen**

Am vergangenen Wochenende verschwand aus der Gartenstraße ein Motorrad im Schätzwert von 5.000 Euro. Nach dem Krad wird nun gefahndet.

**Bad Saarow – Betrüger machten Kasse**

Und einmal mehr ist es Betrügern gelungen, mit einer ihrer Maschen zum Erfolg zu kommen.

Wie der Polizei am 02.03.2024 bekannt wurde, haben sie im jüngsten Fall einen Rentner angerufen und ihm vorgemacht, von der Polizei zu sein und dass man bei Einbrechern eine Liste mit Namen potentieller Opfer gefunden habe. Darauf sei auch der Name des Rentners verzeichnet gewesen und nun müsse man sein

**Fürstenwalde/Spree – Die Feuerwehr musste eingreifen**

Am Nachmittag des 29.02.2024 mussten Kameraden der Feuerwehr in die Ernst-Thälmann-Straße ausrücken. Dort waren mehrere Müllsäcke in Flammen aufgegangen und hatte das Ganze schließlich auch auf die Fassade eines Mehrfamilienhauses sowie ein Terrassenrollo übergegriffen. Dadurch entstand ein Sachschaden von rund 2.000 Euro. Wie es zu dem Geschehen hatte kommen können, wird nun von der Kriminalpolizei ermittelt.

**Fürstenwalde/Spree – In Werkstatt eingebrochen**

Wie der Polizei am Vormittag des 01.03.2024 bekannt wurde, sind noch Unbekannte in eine Werkstatt in der August-Bebel-Straße eingebrochen. Die Werkstatt gehört zu einer sozialen Einrichtung, denen die Täter zwei E-Scooter sowie Werkzeuge stahlen. Um wen es sich dabei gehandelt hatte und wohin das Diebesgut verbracht worden ist, ermitteln nun Kriminalisten der Inspektion Oder-Spree/Frankfurt (Oder).

**Storkow (Mark) – Geld gestohlen**

Am Abend des 28.02.2024 erschien ein noch Unbekannter in einem Discountmarkt in der Goethestraße. Dort machte er sich in einem unbeobachteten Moment an einer der Kassen zu schaffen und gelangte so auch an Bargeld. Damit floh der Dieb schließlich vom Ort des Geschehens. Wer der Mann war, muss nun von der Kriminalpolizei ermittelt werden.

# Zukunftstag im Landratsamt

Zum 22. Mal findet am 25. April 2024 der Brandenburger Zukunftstag statt. Jugendliche ab Jahrgangsstufe 7 können vor Ort in Firmen, Institutionen und Einrichtungen, aber auch digital, Berufe direkt ausprobieren und so entdecken, was wirklich zu ihnen passt.

Auch die Kreisverwaltung ist in diesem Jahr wieder dabei und bietet aktuell noch 13 freie Mitmachplätze – sechs für Mädchen und sieben für Jungen. Am Zukunftstag erwartet die Schülerinnen und Schüler ein volles Programm in der Kreisstadt Beeskow: das Kennenlernen der Verwaltung und der Fachämter steht auf dem Programm, aber auch Informationen über Berufsbilder wie Fachinformatikerin oder Verwaltungsfachangestellter. Dazu bleibt viel Zeit zum Fragen stellen und Vernetzen. Anmeldungen sind ab jetzt unter *zukunftstagbrandenburg.de* möglich.

**Landkreis Oder-Spree**

THOMANN Künstler Management GmbH
präsentiert – auch als Geschenk für Ihre Liebsten!

Die Amigos gehen auch 2024
auf große Deutschland-Tour!

Freitag 19.04.2024 | Cottbus | Stadthalle | 18.00 Uhr

*VVK: SchlagerTickets.com, Cottbus Service Tel. 0355-7542444*
*sowie an allen bek. VVK-Stellen oder ab 17 Uhr an der Tageskasse.*

Schon die erste Single-Auskopplung *Pharao* des neuen Album lässt erahnen, wohin die Reise geht. Fast schon selbstverständlich, dass *Die Amigos*, Bernd und Karl-Heinz zusammen mit ihrer nicht minder erfolgreichen Tochter/Nichte Daniela Alfinito auf der Tour ihre bekannten Hits bringen und ihren Fans wieder eine Show der ganz besonderen Art bieten.

*Änderungen vorbehalten. Stand: 06.02.2024*

ÜBER DEN SINN DES HÖRENS

Unser Hören entfaltet unsere Lebensqualität. Deshalb ist es so wichtig, unseren Hörsinn zu erhalten, auch wenn er mit den Jahren nachlässt. Das ist unsere Inspiration, daran mit Ihnen gemeinsam erfolgreich zu arbeiten.

- ☑ Entscheidende Serviceleistungen
- ☑ Kostenlose Höranalyse
- ☑ Kostenloses Probetragen von Hörsystemen
- ☑ Abwicklungsformalitäten mit Ihrer Krankenkasse
- ☑ REPARATUR- UND PFLEGESERVICE; umfangreiches Zubehör

Hier abschneiden

Gutes Hören zum Festbetrag ohne Aufzahlung
bis zur High-Tech-Lösung

GUTSCHEIN

ÜBER EINEN KOSTENLOSEN HÖRTEST

Einfach ausschneiden und persönlich bei bei uns vorbeikommen oder jederzeit telefonisch einen Termin vereinbaren.

Beuster
Augenoptik und Hörakustik

Eisenbahnstr. 29 | 15517 Fürstenwalde
Tel. und Fax 03361 / 22 77

**Steuererklärung?** Wir machen das.

Diplom-Finanzwirt (FH)
Andy Pankow
Beratungsstellenleiter
Mühlenstraße 26
15517 Fürstenwalde
Telefon: 03361 / 377 93 18
E-Mail: Andy.Pankow@vlh.de

Vereinigte Lohnsteuerhilfe e.V.
LOHNSTEUERHILFEVEREIN

www.vlh.de
Wir beraten Mitglieder im Rahmen von § 4 Nr. 11 StBerG.

§ Anwälte in Bürogemeinschaft

**Anwaltskanzlei Marco Reschke**
Fachanwalt für Familienrecht
info@ra-marcoreschke.de
www.ra-marcoreschke.de

**Rechtsanwalt Rolf Hilke**
Fachanwalt für Strafrecht
anwalt@rolf-hilke.de
www.rolf-hilke.de

Familienrecht • Strafrecht • Verkehrsrecht
Arbeitsrecht • Sozialrecht • Grundstücksrecht

Eisenbahnstraße 31
15517 Fürstenwalde

Telefon: 03361/6936160
Telefax: 03361/6936162

seit 2000 in Fürstenwalde

Bestattungshaus F. Brunn
... denn Trauer braucht Vertrauen!

Tag und Nacht
Telefon: 03361 / 346 064

Verbandsgeprüfter Bestatter
Verband Unabhängiger Bestatter e.V.
Nr. 06-010-01

- Beisetzungen und Bestattungen jeglicher Art
- Vermittlung von Grabstätten
- Übernahme der Bestattungsformalitäten
- Überführungen ins In- und Ausland

Ernst-Thälmann-Str. 45, 15517 Fürstenwalde

# Karnevalsfeier im „Haus am Peetzsee“

***Grünheide.*** Dieses Jahr konnten sich die Bewohnerinnen und Bewohner sowie deren Angehörige unbeschwert auf die „fünfte Jahreszeit“ freuen und die närrischen Tage genießen. Entsprechend wurde dann auch in der Senioren-Residenz „Haus am Peetzsee“ am 12.02.2024 gefeiert.

Die Alloheim Senioren-Residenz „Haus am Peetzsee“ wurde aufwendig dekoriert, um den Seniorinnen und Senioren sowie deren Karnevalsgästen, eine feierliche Atmosphäre zu bereiten. Bunte Luftschlangen, Konfetti, Masken und viele karnevalstypische Dekorationen schmückten die Einrichtung und trugen zur Feierlaune bei. Da nicht alle Bewohner über einen Fundus an Karnevalskostümen verfügen, wurden Faschingsaccessoires seitens des Heims bereitgestellt, von denen sich die Bewohner etwas aussuchen konnten. „Vielen unserer Seniorinnen und Senioren liegt Karneval sehr am Herzen, da die Stimmung jedes Jahr sehr ausgelassen ist und der Spaß an erster Stelle steht. Entsprechend gaben das Team und ich alles, um wieder wundervolle Festtage zu garantieren.“, setzte sich Julia Stein (Leitung Soziale Betreuung) zum Ziel.

FHG Haustechnik GmbH
www.fhg24.com

**Perfekter Partner für Vermieter und Hausverwaltung**

- Heizungs-Sanitärinstallation bei Neubau, Umbau und Sanierungsbedarf
- Badsanierung auch als Komplettlösung
- Sanierung von Trinkwasseranlagen
- Wartung von Heizungsanlagen

**24 Stunden-Störungsdienst im Notfall**

Wanted!!! Mitarbeiter für tolles Team, Arbeitsort Fürstenwalde
Ansprechpartner: Eric Brendel, Bernd Dalitz

Grenzstr.36 • 15517 Fürstenwalde
Telefon 0170 9954 476

# Gesundheit, Bewegung und Gemeinschaft

Dass sportliche Betätigung fit und jung hält, ist allgemein bekannt. Doch leider hält die „moderne Lebenseinstellung“ viele Menschen davon ab, sich in der verbleibenden Freizeit zu bewegen. Dennoch sollte jeder erwachsene Mensch und insbesondere Berufstätige ohne körperliche Bewegung, den inneren Schweinehund überwinden und sich auf irgendeine Art fit halten.

Das Problem der mangelnden Bewegung veranlasste Sabine Fischer, sich intensiv dem sportlichen Gesundheitsbereich zu widmen. Zahlreiche Qualifizierungsmaßnahmen zur Gerätetrainerin, Reha-Übungsleiterin mit dem Zertifikat der RSD (Reha-Sport-Deutschland), Ernährungsberatung oder letztendlich auch zur Fitness-Trainerin waren der Grundstein für den 2005 eröffneten Frauensportclub EVIEVA in Berlin-Friedrichshagen.

In gemeinschaftlicher Runde bei guter Laune und mit Musik, aber unter persönlicher Betreuung trainieren im EVIEVA Club junge und auch ältere Frauen im Alter von 17-89 Jahren gemeinsam im Ganzkörpertraining mit hydraulischen Geräten. Ebenfalls besteht die Möglichkeit einer Lymphmassage zur Aktivierung des Stoffwechsels, der Stressbewältigung oder als Anti-Cellulite Anwendung. Das im EVIEVA Konzept enthaltene Ernährungsprogramm kann von den Krankenkassen gefördert werden.

Nach dem Motto, wer rastet – der rostet, suchte die agile Inhaberin neue Anwendungsmöglichkeiten zur Gesundheitsförderung ihrer Mitglieder. Nach erfolgter Qualifizierung, mit der abschließenden Zertifizierung zur Anwendung eines EMS-Chair, besteht seit 2022 die Möglichkeit einer Magnetwellentherapie für den Beckenboden. Diese neue Form als Trainingseinheit ist wissenschaftlich erprobt und hat sich bei den teilnehmenden Frauen, aber auch Männern, im Club bestens bewährt. So konnte durchaus beobachtet werden, dass sich bei den Männern, auf Grund der hormonellen Struktur und der genetischen Position schneller ein positives Ergebnis zeigte. Durch Zufall ergab sich für die seit 2017 in Rietz-Neuendorf wohnende Sabine die Chance, im Januar ein Studio für die EMP-Behandlung in Bad-Saarow zu eröffnen.

Für seelisches und körperliches Wohlbefinden – Sabine freut sich auf Sie als Besucher und heißt Sie recht herzlich willkommen.



## An- & Verkauf

**Brenn- und Kaminholz**, 25-50 cm gesiebt, BIG-PACK, Anlieferung möglich, **Tel.: 0171-441 00 33**

**Wir kaufen**
**Wohnmobile + Wohnwagen**
03944-36160
www.wm-aw.de FA

## Dienstleistungen

**Brunnenbau**
auf Ihrem Grundstück und im Keller,
mit 10 Jahren Garantie
**Fa. BBH, Tel.: 03361/347514**

**Großes Ferienhaus in traumhafter Umgebung**
**direkt am Malchiner See, Mecklenburgische Seenplatte**

120 m² Wohnfläche, für bis zu 7 Personen, 2 Schlafzimmer, gr. Wohnzimmer mit Schlafcouch, 2 Badezimmer, große Seeterrasse

**www.ferienhaus-adlerblick.de**

**FP Sicherheitstechnik**
Planung & Installation von
Elektro- & Sicherheitstechnik

**Ich mache mich für IHRE SICHERHEIT mobil!**

*Leistungsübersicht*
- Planung und Installation von elektro- und sicherheitstechnischen Anlagen
- Einbruchmeldeanlagen
- Hausalarmanlagen
- Videoüberwachungsanlagen
- Polleranlagen

Chausseestraße 55 · 15518 Langewahl
Telefon: 01514 033 59 21
Email: florian.poeschke@web.de

**Telefonische Erreichbarkeit**
**Mo-Do 15-17 Uhr und Fr 08-12 uhr**

**Gratis testen! Jetzt neu in Bad Saarow!**
**Beckenbodentraining – einfach wie nie!**

**EVIEVA EMP**

**GUTSCHEIN**
**für 1x EMP Chair-Behandlung**

Online-Terminkalender | Mehr Informationen

**Buchen Sie eine Probebehandlung,**
**kostenfrei und unverbindlich inkl. Beratung!**

**28 Minuten völlig bequem und in Ihrer normalen Straßenbekleidung.**

Profitieren Sie von meiner langjährigen Erfahrung als Trainerin für Prävention und Fitness. Ich freue mich auf Sie! ***Ihre Sabine Fischer***

| *Studio Bad Saarow* | *Studio Berlin Friedrichshagen* | |
|---|---|---|
| Fürstenwalder Chaussee 3 | Fürstenwalder Damm 478 | |
| 15526 Bad Saarow | 12587 Berlin | www.emp-beckenboden.com |
| Tel.: 033631 64 77 79 | Tel.: 030 65 07 51 91 | Email: info@evieva.de |

**Stärkung der Beckenbodenmuskulatur durch elektromagnetische Impulse · Stärkt die Coremuskulatur · Beugt Harninkontinenz vor · Schwangerschaftsrückbildung · Erhöht die Libido**

**MARKISEN SCHIEMANN**
Saarower Straße 19
15526 Reichenwalde
☎ 033631 / 82801
www.markisen-Schiemann.de

- Markisen • E.- Antriebe
- Vertikal-Stores
- Innen- und Außenjalousien
- Steuerungen • Sectionaltore

***Aus eigener Produktion:***

- Rolläden • Rolltore
- Insektenschutz • Terrassendächer
- Fenster und Türen

**Telefon 033631 / 82801**

## Wirklich ein Einzeltäter in Hanau?

Sehr geehrter Herr Hauke,

haben Sie recht vielen Dank für die kritische Besprechung des von der Nancy Faeser ausgeheckten Planes, solche Zeitgenossen, deren Gesinnung den hiesigen Machthabern arg missfällt, immer stärker an der Verbreitung ihrer Ansichten, sowie an der Begründung ihrer Standpunkte zu hindern. Erlauben Sie aber bitte noch die Anmerkung, dass dieses Vorhaben der Staatsführung wie die Zurschaustellung einer geradezu feindseligen Haltung gegenüber bestimmten Menschen wirkt. Und dass es die Betroffenen daher mehr denn je vermeiden sollten, über die sprichwörtlichen „Stöcker" zu „springen", die ihnen von den Machthabern hingehalten werden. Nach m. E. wären die Fried- und Freiheitsliebenden jetzt gut beraten, wenn sie ihr Handeln an diesem Schiller-Wort ausrichten: „Zeigt mir der Freund, was ich kann, lehrt mich der Feind, was ich soll". Und wenn sie also bei Gelegenheiten für den Gedankenaustausch mit Bürgern, die den Funktionären der SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP nach wie vor hinterherlaufen, solche Themen zum Gegenstand wählen, deren kurze, aber gründliche Besprechung die Staatsführung zu verhindern trachtet. Die Faeser hatte ihren Widersachern jüngst dadurch einen „Stock" hingehalten, dass sie nach Hanau gereist war und dort abermals die Erzählung von einem Rassisten und blutrünstigen Mörder namens Tobias Ratjen zum Besten gegeben hatte. Zufolge jener Erzählung soll Ratjen am 19. Februar 2020 in bzw. vor Vergnügungsstätten seiner Heimatstadt Hanau zum Mörder von neun Menschen nichtdeutscher Herkunft geworden sein. Danach hätte er seine Mutter erschossen und schließlich sich selbst. Demgegenüber wurden anfangs von einigen Medienvertretern Zeugenaussagen veröffentlicht, nach denen kein Einzeltäter, sondern mehrere Männer die Morde in und bei den Vergnügungsstätten verübt hatten. Eine der bewussten Aussagen stammt von dem Inhaber der nahe neben einem der Tatorte liegenden Gastwirtschaft „Istanbul Grill- und Kebap-Haus". Die Aussage ist in dem von „Welt Online" am 20.Fenruar 2020 veröffentlichten Beitrag „Die Leute haben geschrien und sind rausgerannt" nachlesbar. Sie hat den Wortlaut: „Ich habe gesehen, wie zwei bewaffnete Männer in die Shisha-Bar gegangen sind. Sie haben sofort geschossen, vielleicht zehn Mal. Die Leute haben geschrien und sind rausgerannt. Dann haben die Männer draußen auf die geschossen, die weggerannt sind."

Neben solchen Zeugenaussagen hatte auch der Umstand sonderbar gewirkt, dass keine Sachbeweise für das Zutreffen der Ratjen-Massenmörder-Darstellung vorgelegt wurden, obgleich es nicht schwer gewesen wäre, wenigstens einen solchen Beweis zu beschaffen.

(Anmerkung: Sollte Ratjen kurz vor seinem Tod wirklich über 40 Mal geschossen haben, müsste auf einer der Hände seiner Leiche und/oder auf Teilen von dessen Bekleidung, große Mengen Pulverschmauch nachweisbar gewesen sein. Und wenn die Zusammensetzung jenes Schmauches mit der Zusammensetzung des an der Bekleidung mancher Mordopfer feststellbaren Schmauches übereingestimmt hätte, wäre ein halbwegs überzeugender Sachbeweis für Ratjens Täterschaft erbracht. Ende der Anmerkung.)

Nicht zuletzt hatte es Verwunderung ausgelöst, dass Behördenvertreter dem Vater von Tobias Ratjen, welchem zuzutrauen war, dass er die Hände und Bekleidung der Leiche seines Sohnes auf das Vorhandensein von Schmauch untersuchen lassen würde, die Ausübung des Totenfürsorgerechtes verwehrt hatten.

(Anmerkung: Nach jenem Recht liegt nicht bloß die Entscheidung darüber, auf welche Weise die Leiche eines Verstorbenen bestattet wird, bei den nächsten Angehörigen des Toten. Die Angehörigen haben auch die Möglichkeit, die Leiche vor der Bestattung auf eigene Kosten gerichtsmedizinisch untersuchen zu lassen. Jedoch ist dem vom „Hessischen Rundfunk" im Internet veröffentlichten „Hessenschau"-Beitrag „Vater von Hanauer Attentäter erneut zu Geldstrafe verurteilt" zu entnehmen, dass Amtspersonen dem die Rückgabe der beschlagnahmten Leichen seines Sohnes und seiner Ehefrau fordernden Vater einfach die bereits erfolgte Verbrennung der Leichen, sowie die Beseitigung der entstandenen Asche, u. a. durch Verstreuen über der Nordsee, mitgeteilt hatten. Ende der Anmerkung.)

Nur bei alledem – gutmütige Deutsche, die sich bemühen wollten, ihren Mitmenschen die Bosheit der BRD- Machthaber mit dem Verweis auf Ungereimtheiten der Ratjen-Massenmörder-Erzählung aufzuzeigen, dürften kaum etwas erreichen, da ihnen unbestreitbare Beweise für das Zutreffen einer alternativen Falldarstellung fehlen. Und wohl gerade deshalb wurde ihnen der „Stock" Hanau hingehalten. Anders liegen die Dinge bei den angeblich von „islamistischen Terroristen" am 11. September 2001 in den USA an drei Orten verübten Massenmorden. Hier lässt sich hieb- und stichfest darlegen, warum die US-amtlichen Angaben zum Hergang von einer der Untaten Lügen sein müssen und warum als Tatverantwortliche allein US-Staatsterroristen in Betracht kommen. Aufbauend darauf wäre es möglich, die von der SPD, den Grünen, der CDU/CSU, sowie der FDP herbeigeführten und fast 20 Jahre währenden deutschen Unterstützung der US-Kriegstreiberei in Afghanistan als Beihilfe zur Vollendung terroristischer Machenschaften zu beschreiben. Und gewiss würden etliche Anhänger der o.g. Parteien, die von einer solchen Beschreibung Kenntnis erhielten, ihre bisherigen Wahlentscheidungen ernsthaft überdenken. Vielleicht ermöglichen Sie es, sehr geehrter Herr Hauke, dass kurz vor dem 11. September 2024 ein Leserbrief veröffentlicht wird, der hierzu genauere Angaben enthält.

**Alexander Luft**

## 12 Jahre voraus

Die letzten Monate hatten es wirklich in sich! Mit verschärften kritischen Tönen, in Einhaltung von Menschenrechten, in Betrachtziehung von zur Zeit fast 28.000 getöteter unschuldiger Menschen, zumeist Frauen, Kinder und Jugendliche, und ca. 67.000 verletzter Menschen, und ca. 175.000 beschädigter Gebäude als schockierende Anschuldigung, dem Lebensrecht, vom UN-Gericht, als deutliches Signal, dem Völkermord, eine groß wahrnehmbare Stimme entgegen setzend, hierbei anklagend zu geben, bei der Suche nach Gerechtigkeit als internationale Rechtsstaatlichkeit auch begrüßt, in Forderung, künftige Annexionen im palästinensischen Gebiet zu unterlassen und eine Zweistaatenlösung endlich zu akzeptieren, was auch komischerweise heutzutage

## Im Namen der „neuen" Moral

1958 – ich war noch ein Kleinkind – propagierte der starke Mann der DDR, der spätere Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht, die „10 Gebote der sozialistischen Moral". Die mir in meiner Schulzeit in vielen Klassenzimmern begegneten. Sein „Nachfolger" im Amt (jetzt Bundespräsident geheißen) wird sicher -was sollte er auch sonst außer spalten den lieben langen Tag tun – an der Formulierung „seiner" Moralgrundsätze sitzen. Diese könnten wie folgt aussehen:

**Die zehn Gebote der sozialistischen Moral**

**1.** Du sollst dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie für die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen.

**2.** Du sollst Dein Vaterland lieben und stets bereit sein, Deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht einzusetzen.

**3.** Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.

**4.** Du sollst gute Taten für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen.

**5.** Du sollst beim Aufbau des Sozialismus im Geiste der gegenseitigen Hilfe und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit handeln, das Kollektiv achten und seine Kritik beherzigen.

**6.** Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.

**7.** Du sollst stets nach Verbesserung Deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.

**8.** Du sollst Deine Kinder im Geiste des Friedens und Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.

**9.** Du sollst sauber und anständig leben und Deine Familie achten.

**10.** Du sollst Solidarität mit den um ihre nationale Befreiung kämpfenden und den ihre nationale Unabhängigkeit verteidigenden Völkern üben.

**Die zehn Gebote der „großen Transformation"**

**1.** Du sollst dich stets für die unkontrollierte Migration aller Fachkräfte dieser Welt sowie für die unverbrüchliche Nibelungentreue zur NATO und zur EU einsetzen.

**2.** Du sollst das beste Deutschland aller Zeiten lieben und größte Anstrengungen zum Erreichen deiner Kriegstüchtigkeit unternehmen.

**3.** Du sollst helfen, den weltweiten „Kolonialismus" zu bekämpfen und Raubgüter anderer Staaten zurückgeben.

**4.** Du sollst gute Taten im Kampf gegen den Klimawandel vollbringen, denn nur die grüne Transformation führt ins Paradies.

**5.** Du sollst beim Aufbau des Multi-Kulti-Staates mit aller Kraft mitwirken, die Flüchtlinge willkommen heißen und ihren Wünschen zuvorkommen.

**6.** Du sollst den Reichtum von Black Rock mehren.

**7.** Du sollst stets nach Verbesserung deiner Hilfeleistungen für traumatisierte Flüchtlinge streben, großzügig deine Steuergelder verschenken und nicht gegen die woke Moral verstoßen.

**8.** Du sollst deine Kinder im Geiste der grünen Transformation zur richtigen Haltung und zum Lernen der grünen Ideologie anleiten.

**9.** Du sollst keine fake-news und andere rechte Argumente in deiner Familie dulden.

**10.** Du sollst alle Kriege, die im Namen der westlichen Werte geführt werden, unterstützen und dafür keine Ausgaben scheuen.

Frank-Walter wird damit sicher einen Heldenplatz in der Ahnenreihe der Demagogen einnehmen.

**Dr. Klaus Dittrich**

## Leserkarikatur von Siegfried Biener

schon deutsche Politiker anzusprechen und auch zu fordern wagen, worauf sich basierend dann auch schlussfolgern lässt, dass sich mit „der Zeit“ eben alles ehemals Gesagte und feigheitsbedingte Zugelassene „verliert“, und sich Meinungen eben auch „schnell“ mal ändern können.

Denn wie hatte Herr Hauke am 07.02.2024 doch so schön geschrieben: „Selbst, wer das Offensichtliche, das Unübersehbare sieht, darf es nicht sagen.“ Jedenfalls dann nicht, müsste man sagen, wenn die „Zeit“ gegen einen „spricht“. Denn was heutzutage politisch sprachlich fast schon der „Normalität“ zuzurechnen ist, ist im Nov./Dez. 2012 einem großen Schriftsteller noch zum Schaden geworden. Wofür er dann auch von den Medien und der Politik in den Dreck gestampft worden ist – als Persona non grata. Womit sein Ansehen dann auch in Vergessenheit geriet. Und wovon ihn selbst sein eigener Tod auch bis heute noch immer keine Befreiung geben konnte – seine Seele keine Ruhe. In Erinnerung zum Thema: „Der Zorn des alten Mannes“ (MOZ, 05./06.04.2012) habe ich damals zur Unterstützung seiner Person folgenden Leserbrief für die „MOZ-Mülltonne“ geschrieben: „Nur was man zur Sprache bringt, das lässt sich eventuell auch vermeiden. Falsche Zurückhaltung, weil geschichtliche große Schuld an einem wie Kleister haftet, ist der falsche Weg.

Falsche „Siedlungspolitik“ zuzulassen, ist das Eine, Kriegsphantasien nicht entgegenzuwirken, das andere. Wenn die Politik nicht dazu in der Lage ist, dagegen zu sprechen, dann müssen es eben Menschen wie Günter Grass sein, die sich öffentlich einmischen.“

Und so hat er das uns Bekannte und Offensichtliche in wirklich hervorragender Weise in seinem Gedicht dann auch verarbeitet. Ob das scheinbar Unausweichliche, das Voraussehbare noch gestoppt werden kann, das wird sich zeigen!“

Günter Grass hat es eben gewagt, das Richtige zur falschen Zeit zu sagen.

Und auch wenn vielen diese Wahrheit noch immer sehr unangenehm sein mag, und auch manch einer sie lieber in der Vergessenheit versenken würde, so hat es Günter Grass dennoch verdient, von der Politik, den Medien und unserer Gesellschaft endlich mal rehabilitiert zu werden! Denn was hat er dafürgekonnt, wenn er uns allen mit seinem Mut und seiner Klugheit schon 12 Jahre voraus gewesen ist? **B. Ringk**

## *Der Staat sind wir!*

Sehr geehrter Herr Hauke,

nach den Vorstellungen von Innenministerin Faeser (SPD) und ihrer Wasserträger beim „Verfassungsschutz“ soll eine – nicht näher definierte und somit gegen alles und jeden anwendbare – „Delegitimierung des Staates“ als Straftat verfolgt werden, auch ohne dass eine Straftat vorliegt. Ausdrücklich sollen unerwünschte Meinungen bereits unterhalb der Schwelle zur Strafbarkeit verfolgt werden, findet auch Ministerin Paus (Grüne). Das ist das Ende jeder Rechtstaatlichkeit und natürlich auch das der meisten Grundrechte.

Was aber ist eigentlich der Staat, dessen „Delegitimierung“, worunter vor allem Kritik an der Regierung verstanden wird, nun auch ohne Strafbarkeit gnadenlos verfolgt werden soll? Im Feudalabsolutismus war diese Frage schnell geklärt: „Der Staat bin ich!“ („L’État, c’est moi!“), erklärte Frankreichs Sonnenkönig Ludwig XIV ganz ungeniert, und so war es im 17. Jahrhundert wohl auch. Heute, in der Demokratie, ist die Frage allerdings genauso einfach zu beantworten: Der Staat sind wir freien Bürger, das Volk! So ist es im Grundgesetz festgeschrieben, so sollte es sein. Wir Bürger wählen in freier und geheimer Abstimmung ein Parlament, den Deutschen Bundestag, der seinerseits eine Regierung bestimmt, die den Staat zu verwalten hat. Sie selbst ist also weder der Staat noch gehört er ihr irgendwie. Anders als ein Sonnenkönig kann diese Regierung jederzeit abgesetzt werden, falls sie ihren Aufgaben nicht nachkommt. Die Regierung ist nichts weiter als eine Angestellte – nicht Vorgesetzte – des Volkes, ihre Behörden sind es umso mehr.

Wer eine Eigentumswohnung besitzt, kennt das Procedere: Für größere Wohnanlagen wird eine Verwaltung berufen, die sich um Werterhalt, bestimmungsgemäße Nutzung und zukunftsfähige Weiterentwicklung (wie Instandsetzungen und Modernisierungen) zu kümmern hat. Das ist nichts anderes als ein Staat im Kleinen, eine Fülle von Gesetzen regelt die Rechte und Pflichten des Verwalters, der – anders als eine Regierung (warum eigentlich?) – den Eigentümern gegenüber voll haftbar ist. Zur Finanzierung werden Umlagen erhoben, deren Verwendung – anders als die unserer Steuern (warum eigentlich?) – vorab zu genehmigen und im Detail abzurechnen ist. Über alle bedeutenden Vorgänge entscheiden die Hauseigentümer selbst, nicht die Verwaltung. Sie darf höchstens Hinweise geben und Vorschläge unterbreiten. Sie ist anschließend an die Beschlüsse der Eigentümer gebunden. Keinesfalls darf sie die Interessen des ukrainischen Besitzers des Nachbarhauses vertreten oder amerikanischen Spekulanten helfen, die sich die ganze Wohnanlage unter den Nagel reißen wollen. Sie darf auch nicht mutwillig die Betriebskosten in die Höhe treiben, weil sie den günstigsten Gaslieferanten hasst und lieber mit dem teuersten Geschäfte macht. Kritik an der Verwaltung ist selbstverständlich erlaubt, sie wird nicht als „Delegitimierung des Hauses“ aufgefasst. Ganz im Gegenteil: Ein schlecht verwaltetes Haus verliert seinen Wert, die Eigentümer sind an guter Verwaltung interessiert. Versagt sie, wird sie ausgetauscht. Das sollte beim Verhältnis von Staat, also uns Bürgern, und Regierung nicht anders sein.

Leider hat es den Anschein, dass sich die gegenwärtige Regierung eher am Sonnenkönig als am Grundgesetz orientiert. Jede Kritik an der Regierung wird als „Delegitimierung des Staates“ verfolgt, als wäre die Regierung der Staat und nicht dessen angestellter Verwalter. Kritik wird zensiert und verboten. Stellen Sie sich vor, Sie könnten Ihrem Chef in der Firma einfach verbieten, Sie für Verfehlungen abzumahnen! Absurd, nicht wahr? Die Bundesregierung versucht genau das. Sie will ihrem Chef, uns Bürgern, und oppositionellen Parteien die Kritik als („rechte“) „Hassrede“ verbieten und Kritiker verfolgen. Absolutistisches Verhalten wie im 17. Jahrhundert wird uns zu allem Überfluss als „Verteidigung der Demokratie“ verkauft. Dieser Absolutismus wird dabei ganz offen zur Schau getragen, etwa wenn die Angestellte des Volkes Baerbock (Grüne) öffentlich tönt, es sei ihr „egal, was [die] Wähler denken“, oder wenn die heutige Staatsministerin Roth (Grüne) hinter einem riesigen Transparent mit der Hassparole „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“ marschiert, und Habeck (Grüne) das Vaterland, also uns, den Staat, „schon immer zum Kotzen“ findet. Und uns ungestraft unendlichen Schaden zufügt. Oder wenn eine CDU-Vizepräsidentin das Zeigen einer kleinen Deutschland-Fahne, also des wichtigsten Symbols des Staates, im Deutschen Bundestag mit einem Ordnungsruf verbietet. Sind sie alle der Staat?

Auch Nancy Faeser (SPD), die sich in Hessen zur Wahl gestellt und haushoch verloren hat, sieht keinen Rücktrittsgrund, obwohl ihr die Bürger offensichtlich nicht trauen. Vielmehr versucht sie jetzt, jegliche Kritik und oppositionelle Parteien verbieten zu lassen und Bürger, die diese unterstützen, zu verfolgen. Dafür möchte sie „jeden Stein umdrehen“. Sehr gerne wird dabei der Vergleich mit dem Nationalsozialismus bemüht. Was Faeser und Co. übersehen: Hitler hat mit seiner NSDAP nie eine Wahl gewonnen, nie eine (absolute) Mehrheit gehabt. Ein NSDAP-Verbot wäre nutzlos gewesen. Korrupte Regierungspolitiker (!) der Weimarer Republik selbst haben ihn im Irrglauben, das „im Griff zu haben“, an die Macht gebracht, nicht die Wähler. Sie, nicht die Wähler, haben ihn mit der Regierungsbildung beauftragt, die Folgen sind bekannt. Wem sollte man also eher misstrauen – den Wählern, die ihn mehrheitlich nicht gewählt haben, oder doch den Politikern, die ihn an die Macht brachten? Faeser hat sich wider besseres Wissen gegen die Wähler entschieden, sie sollen überwacht, zensiert und verfolgt werden. Den schlimmsten Kriegsakt gegen die Bundesrepublik Deutschland seit 1949, die Sprengung der Nordstream-Pipelines, ein wahrhaft staatsgefährdendes Verbrechen, verfolgt sie dagegen nicht, weil es ihrer armseligen Karriere schaden könnte. Als deutscher Vasall legt man sich besser nicht mit dem US-Paten an. Sie, die keine Gelegenheit auslässt, für „Multikulti“, „Toleranz“ und Einwanderung zu werben, ist selbst unfähig, sich in fremden Kulturen halbwegs angemessen zu bewegen, diese auch nur ansatzweise zu respektieren (siehe Armbinden-Affäre zur Fußball-WM), will aber alles und jeden bevormunden. Sie ist zum Glück nicht der Staat, nur eine seiner schlechten Verwalter.

Noch dreister treibt es eine Dame, die mit Verboten nur so um sich wirft und überhaupt keine demokratische Legitimation besitzt: Ursula von der Leyen, ungewählte EU-Kommissionspräsidentin. Auch ihre Kommissare sind nicht gewählt. Seit dem 17. Februar 2024 lässt sie die private (!) Onlinekommunikation sämtlicher EU-Bürger überwachen und zensieren. Auf einem Wahlzettel stand Leyen noch nie, auch ihre zweite Amtszeit wurde wieder in Hinterzimmern ausgekungelt, noch bevor die Europawahl überhaupt stattgefunden hat. Dennoch geben die selbst ernannten deutschen „Retter der Demokratie“ Stück für Stück der Macht an Brüssel ab. Ob das der Demokratie dient?

Haben solche Angestellten des Volkes wirklich das Recht, ausgerechnet den Bürgern, die deren verantwortungsloses Treiben kritisieren, Delegitimierung des Staates vorzuwerfen und sie zu verfolgen? Wie glaubwürdig ist der „Kampf gegen rechts“ einer Regierung, die dem Ukrainischen Regime unbegrenzte Treue schwört und zu seinen Gunsten riesige Summen unseres Steuergeldes veruntreut, obwohl die Ukrainische Verfassung Sätze enthält wie „… die Bewahrung des Erbguts des Ukrainischen Volkes [ist] Pflicht des Staates.“ (Artikel 16)? Das ist Nazi-Rassismus in Reinkultur (siehe Hitlers „Rassengesetze“!) und steht so oder so ähnlich in keiner anderen Verfassung dieser Welt. Es stört unsere „Kämpfer gegen rechts“ aber offenbar kein bisschen. Das störte Faeser und Co. auch am russischen „Helden“ Nawalny nicht, einem u.a. wegen Betruges an einem französischen Kosmetikkonzern verurteilten MI6- und CIA-Agenten, der sogar nach Angaben des Ukrainischen Militärgeheimdienstes (!) zwar überraschend, aber eines natürlichen Todes starb, also keineswegs „von Putin ermordet“ wurde. Nawalny war ein radikaler, rassistischer Ultra-Nationalist, der Homosexuelle und nicht „arische“ Landsleute öffentlich als „Schwuchteln“ bzw. „Nagetiere“ beschimpfte. Tschetschenen, also kaukasische Mitbürger, nannte er „Kakerlaken“. Als Russland 2008 in Georgien einmarschierte, sprach er sich für die Deportation (!) aller Georgier aus Russland aus und schrieb auf seinem Blog, dass „das Hauptquartier der Nagetiere“ (Tiflis) mit Marschflugkörpern zerstört werden sollte. Ein lupenreiner Nazi und Rassist. Zu all dem fiel Annalena Baerbock (Grüne) nichts weiter ein als: „Nawalny war [...] ein Symbol für ein freies und demokratisches Russland.“ Dass Baerbock völlig ungebildet ist und schon lange von keinem wichtigen Außenminister dieser Welt (außer dem US-Paten Blinken) mehr empfangen wurde, ist bekannt. Aber muss ich mir ihr verantwortungsloses Treiben wirklich untätig ansehen, weil Regierungskritik als „Delegitimierung des Staates“ verboten ist? Wer delegitimiert hier eigentlich wen?

Bleiben Sie bei Verstand,

**Dr. H. Demanowski**

## *Spricht mir aus dem Herzen*

Leserbrief zu „Sprachverwirrung durch Gendern stoppen“, #03/24 v. 07.02.24: Der Artikel der BVB/Freie Wähler spricht mir voll aus dem Herzen. Es müssten viel mehr öffentliche Proteste gegen diese Sprachdummheit geben. Ich wurde an der Humboldt-Universität zum Fachlehrer Russisch/Englisch ausgebildet. Im Rahmen meiner Diplomarbeit über Vergleiche russischer und deutscher Sprachwendungen habe ich mich auch intensiv mit der Entstehung und Entwicklung der deutschen Sprache beschäftigt. Mir gehen die Haare hoch, dass heutzutage die Bewertung von Klassenarbeiten und Klausuren am „richtigen“ Gendern gemessen wird. Es ist so ein Schwachsinn, wie damit unser Kulturgut sprachlich vergewaltigt wird. Die Formierung der weiblichen *innen-Endungen hält vor keiner Personifizierung halt, und dann noch auf unterschiedliche Sprech- und Schreibweise. Neulich vernahm ich bei einer Sportberichterstattung die Erwähnung von „Fans“ und „Fanserinnen“! Und alle machen mit, ob Nachrichtensprecher_innen, Reporter_innen, Moderatoren_innen, Entertainer_innen usw. usf. Mir tun besonders die Nicht-Muttersprachler oder Menschen mit Lese-Rechtschreib-Schwäche leid. Ich schließe mich voll und ganz dem letzten Absatz Ihres Artikels an. Macht Schluss mit dieser bundesdeutschen Gängelei! **Klaus Siedow**

## *Preissteigerung, na und?*

In dieser Zeit stellt jeder fest,
wie sich die staatliche Einnahme steigern lässt.
Je höher die Preise steigen,
umso mehr Steuern lassen sich abzweigen.
Ganz einfach können sich dann Wege finden,
auf denen sie schnell wieder verschwinden.
In großen Gruppen kommt man dann,
per Flugzeug in fremden Ländern an.
Dort verspricht man auf der Stell
große Unterstützung ganz, ganz schnell.
Derweil klaffen zu Hause noch und nöcher
unendlich finanzielle Löcher.
Deutschland kann, ich möchte wetten,
den Untergang der Erde retten.
Eines ist gewiss.
Hier weiß man, wie das zu machen ist.
Noch war es nicht schwer nachzusinnen,
um neue Steuernischen zu erfinden.
Herr Pistorius kam zu dem Entschluss,
unseren Staat kriegsfähig zu machen.
Darüber kann ich nicht mehr lachen.
Das Geld dazu wird auch nicht fehlen,
das wird man von den Steuerzahlern nehmen.
Ist Deutschland erst wieder zum Kämpfen fähig, dann, lieber Gott, sei uns gnädig.
Schließlich haben wir es ja bewiesen,
in den zwei verhängnisvollen Kriegen.
Für den Verteidigungsminister ist das einerlei.
Schließlich war er nicht dabei.
Er kann es ja nicht wissen.
Für uns Kriegskinder war es beschissen.
Aber keine Bange, es dauert ein Flughafenbau bei uns sehr lange.
Die Frage ist, es braucht nicht viel Verstand.
Verteidigen wir uns im eigenen oder fremden Land?
Es ist der Welten Lauf.
Wer Rüstung hofiert, baut niemals auf.

**Brigitte Schirrmeister**

## *Gedanken zum „Montags-spaziergang“*

Jeden Montag gehen wir auf die Straße, um diesen verantwortungslosen Politikern zu zeigen, dass wir nicht einverstanden sind mit dem, was Sie da tun.

Jeden Montag fragen wir uns, warum es in Fürstenwalde immer noch so Wenige sind, die sich uns anschließen.

Die Situation im Land hat sich verändert, die Politik weiß nicht, was den Bürger bewegt und was ihm wichtig ist.

Es ist dem Bürger, den Bauern, den Spediteuren, den Handwerkern, den Krankenschwestern, den Pflegern, der alten Generation, die dieses Land nach dem furchtbaren Krieg wieder aufgebaut haben, und allen anderen fleißigen Leuten nicht mehr zu erklären, wenn die Regierung dafür sorgt, alles teurer zu machen, und andererseits Milliarden von unseren Steuergeldern ins Ausland verschenkt, und außerdem noch für Kriege ausgibt.

Und für diese Menschen gehen wir jeden Montag bundesweit friedlich spazieren oder demonstrieren.

Wir können nicht zusehen, wie unser Land, unsere Heimat, von der Regierung an die Wand gefahren wird. Wir können nicht zusehen, wie einige Politiker durch ihre kriegshysterischen Äußerungen mit dem Feuer spielen.

Natürlich können nicht alle unzufriedenen Bürger die Gelegenheit des friedlichen Protestes gegen die nationale und internationale Politik unserer Regierung wahrnehmen. Viele müssen um diese Zeit noch arbeiten oder haben nach schwerer und getaner Arbeit keinen Elan mehr. Manche trauen sich vielleicht nicht, weil sie Angst um ihren Job oder ihre Firma haben. Alle diese Menschen kann ich natürlich verstehen!

Wieder andere befürchten immer noch, dass wir rechts oder Rechtsradikale sind. Ich bin jetzt seit fast zwei Jahren dabei und ich darf sagen, dass ich keinen Teilnehmer diesbezüglich wahrgenommen habe! Uns allen geht es nur um eine vernünftige Innen- und Außenpolitik zum Wohle der Menschheit und der Bürger unseres Landes. Um Frieden, Freiheit, Souveränität! Andere wiederum wissen aber vielleicht noch nicht, wofür wir jeden Montag auf die Straße gehen.

Deswegen möchte ich hier die Gelegenheit nutzen, um die Schwerpunkte aufzuzählen, weswegen wir jeden Montagabend durch Fürstenwalde ziehen und über die wir auch, während des Spaziergangs, diskutieren und uns austauschen.

1. Für Frieden, gegen Krieg, für Diplomatie. Krieg darf kein Mittel der Politik sein.
2. Für Abrüstung, gegen Waffenlieferungen. Waffen retten kein Leben! Waffen töten Menschen!
3. Gegen Sanktionen. Ein Wirtschaftskrieg schadet nur der eigenen Wirtschaft und der eigenen Bevölkerung.
4. Gegen die Vormundschaft der USA
5. Gegen illegale, unkontrollierte Migration
6. Gegen Steuergeldverschwendung
7. Für die Senkung der Inflation. Bezahlbarer Lebensunterhalt für alle!

Gegen die $CO_2$ -Steuer, die Benzin- und Heizölkosten in die Höhe treibt, gegen die Mauterhöhung, gegen Mietwucher, gegen Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, gegen Kürzungen in der Bildungspolitik.

8. Für die Solidarität mit unseren Landwirten.
9. Für Investitionen in die Zukunft, für Bildung und Soziales, für die sinnvolle Erhaltung unserer Umwelt. Schluss mit der Klimahysterie und der verfehlten Energiepolitik!
10. Für die Unabhängigkeit von Wissenschaft, Presse und Justiz
11. Für die Aufarbeitung der Corona-Politik
12. Für die Gewährleistung der Grund- und Menschenrechte
13. Für Politikerhaftung und gegen Lobbyisten, die die Politik lenken
14. Für die Besetzung der Ministerien mit Menschen, die Fachkompetenz und Erfahrung mitbringen. Menschen, die in der Landwirtschaft, im Gesundheitswesen, in der Bildung, in der Justiz, oder als Soldat tätig waren.

Unsere Erwartungen an die Regierung:

Halten Sie sich an ihren Amtseid „Alles für das Wohl des deutschen Volkes zu tun, und Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“.

Halten Sie sich an Ihre Wahlversprechen! Ansonsten ist das Wahlbetrug und Irreführung der Wähler.

Hören Sie auf die Sorgen der Bürger!

Frieden ist das Wichtigste auf der Welt!

Schon Willy Brandt, Bundeskanzler von 1969 bis 1974 sagte: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“

„Wenn die Ukraine weiterhin in die Nato getrieben wird – und das ist amerikanische Politik – wenn das geschieht, dann kann es einen Krieg an den Ostgrenzen Europas geben.“ (Klaus von Dohnanyi, ehem. Bürgermeister von Hamburg und Mitglied des Deutschen Bundestages)

Wenn diese Kriegstreiberei und diese Waffenlieferungen nicht aufhören, und Diplomatie keine Anwendung findet, dann schafft sich die Menschheit selber ab. Und zwar, bevor es der Klimawandel tut.

Darum, liebe Fürstenwalder, und alle aus der Umgebung, möchte ich Euch ermuntern und ermutigen mit uns gemeinsam spazieren zu gehen, wenn Ihr genauso denkt. „Es ist an der Zeit“ (Lied von Hannes Wader).

Treffpunkt ist jeden Montag bis um 17.30 Uhr in Fürstenwalde, Am Stern, (Hotel Kaiserhof).

**Uwe Buth**

## *Warum kaufen wir so gerne billige Lebensmittel?*

Werte Leserschaft,

in meinem letzten Leserbrief hatte ich bereits kurz angedeutet, auch mal etwas zum Thema Lebensmittelpreise schreiben zu wollen.

Was sind denn eigentlich gerechte Lebensmittelpreise? Können wir uns darauf einigen, dass sie gerecht sind, wenn sie fair sind? Aber was heißt fair? Fair bedeutet, dass jeder aus seiner Arbeit sein Auskommen bestreiten kann. Also fair für wen? Eigentlich heißt das: fair für alle Beteiligten, also für den Erzeuger, eventuell für den Weiterverarbeiter, für den Händler und für den Konsumenten.

Natürlich ist es schwierig, hier zu definieren, wie viel Geld man einem zugestehen möchte, damit er sein Auskommen bestreiten kann. Hier könnte man gedanklich sehr schnell zu einer gesellschaftspolitischen Gleichmacherei kommen, die es so meiner Meinung nach aber nicht geben sollte. Aber unser Gerechtigkeitssinn sagt uns doch wahrscheinlich, dass jeder der am sogenannten Markt Beteiligten zumindest seine Grundbedürfnisse befriedigen können müsste.

Wenn Sie dann mal mit einem Bauern über seine wirtschaftliche Situation ins Gespräch kommen, werden Sie sehr schnell zu hören bekommen, dass er ohne die EU-Subventionen (und die damit verbundenen Sanktionen!) finanziell auf keinen grünen Zweig kommen kann. Auf der anderen Seite steht dann der Konsument, dessen Kaufkraft, wie wir wissen, in den letzten Jahren stetig gesunken ist (von besserverdienenden und besserberenteten Ausnahmen einmal abgesehen). Hier gibt es die verständliche Forderung nach bezahlbaren Lebensmitteln.

Und dazwischen? Da steht eine weltweit agierende Lebensmittel-Industrie, deren erklärtes Ziel weder die faire Behandlung von Bauern noch von Konsumenten ist. Es geht lediglich um den eigenen Profit und dem müssen alle anderen Ziele untergeordnet werden. Das ist in meinen Augen das Haupt-Dilemma.

Warum haben diese Lebensmittelkonzerne aber nur eine so übergroße Marktmacht? Antwort: Weil wir sie ihnen geben!

Eigentlich wollen wir alle ja nur gute, frische und hochwertige Lebensmittel kaufen und das zu Preisen, die wir uns leisten können. Und das wäre und ist auch wirklich möglich. Aber nicht mit dem Konsumverhalten, welches wir als Gesellschaft an den Tag legen! (siehe auch mein letzter Leserbrief)

Und hier reicht es leider nicht aus, auf die bösen Konzerne zu schimpfen und sie für alles verantwortlich zu machen. Klar, die Konzerne haben natürlich dafür gesorgt, dass alle Beteiligten im Lebensmittelerzeugungsprozess gegeneinander ausgespielt werden können und sich überlegen müssen, mit welchen unlauteren Tricks sie für sich einen Wettbewerbsvorteil erlangen können. Zuerst hat man den Bauern Kunstdünger angeboten, damit sie mehr produzieren und damit mehr verdienen können. Dann hat man die Marktpreise nach unten korrigiert und die Kunstdünger-Bauern konnten natürlich die niedrigeren Preise mit höheren Erträgen kompensieren. Die Bauern, die keine Kunstdünger verwenden wollten, hatten dann das Nachsehen und haben auch umgestellt. Nach dem gleichen Prinzip wurden die Bauern auch zum Pestizideinsatz gedrängt, zur Gentechnik, etc. Niemand, der sein Land liebt, und das tut ein Bauer, vergiftet es freiwillig. Aber man sieht sich dann eben gezwungen. Jeder will nur überleben.

Genauso hat man es mit den Lebensmittel-Verarbeitern gemacht. Derjenige, der am dreckigsten, minderwertigsten und billigsten produzieren kann, bestimmt die allgemeine Qualität. Und warum können die das, die Konzerne? Eben, weil wir mitmachen!

Und warum kaufen wir so gerne billige Lebensmittel?

Das liegt zum einen daran, dass in den letzten Jahrzehnten die Ausgaben für alles, was keine Lebensmittel sind, so drastisch gestiegen sind. Das sind für mich vor allem die Kosten für Mieten und Steuern (auch in verdeckter Form). An dieser Schraube lässt sich für uns Konsumenten erst einmal nicht so einfach drehen, da bedürfte es schon einer kleinen oder größeren Revolution und gegenüber solchen Vorstellungen fühlen wir uns dann doch gerne eher ohnmächtig.

Aber mir ist es wichtig aufzuzeigen, dass wir auch ganz konkret im Hier und Jetzt etwas tun können, um mehr Geld zur Verfügung zu haben, welches wir in hochwertigere Lebensmittel investieren könnten.

Brauchen wir wirklich den superflachen Fernsehapparat mit größtmöglicher Bildschirmdiagonale, die 23. Handtasche, das modernste Smartphone...?

Brauchen unsere Kinder, um gut spielen zu können, wirklich diese Masse von Spielzeug-Müll in ihren Kinderzimmern? Nur weil sich jeder Onkel und jede Oma einbilden, bei jedem Besuch etwas mit-

## Grundgesetz Artikel 5 (1)

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

**Jeder hat das Recht, einen Leserbrief zu schreiben: info@hauke-verlag.de**

bringen zu müssen und wir als Eltern unseren Kindern ja auch manchen Spielzeugwunsch nicht abschlagen wollen, um uns stattdessen hinzusetzen und mit ihnen zu spielen oder ihnen etwas vorzulesen? Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Spart man wirklich Geld, wenn man sich die billigsten Klamotten, die billigsten Haushaltsgegenstände kauft, diese dann aber nach kürzester Zeit kaputt gehen und ersetzt werden müssen?

Und wie sieht es mit den verarbeiteten Lebensmitteln aus? Können Sie sich jemanden leisten, den sie dafür bezahlen, dass er ihnen Kartoffelchips herstellt? Wenn derjenige so viel in der Stunde verdienen soll wie Sie selbst (also fair!), dann würden sie sich die Kartoffelchips vermutlich einzeln und mit einer goldenen Pinzette in den Mund schieben.

So aber nehmen wir in Kauf, dass der Bauer den Boden vor dem Kartoffelanbau erst einmal mit Glyphosat „sauber" spritzt. Danach werden die Pflanzen x-mal gegen Krautfäule und Kartoffelkäfer mit giftigen Pestiziden gespritzt. Die geernteten Kartoffeln werden dann erst einmal industriell geschält. Wie das funktioniert? Sie kommen in ein ekelhaftes Lauge-Bad, in dem die Schale abgegammelt wird. Natürlich wird das Ganze danach wieder mit einer Säure „neutralisiert". Auch im Anschluss werden noch einige „hochwertige Veredelungsmittel" eingesetzt, damit das Endprodukt dann so knusprig ist und so frisch aussieht, selbst wenn es schon ein halbes Jahr im Supermarkt gelegen hat. Von den minderwertigen Fetten, die beim Frittiervorgang eingesetzt werden, möchte ich gar nicht erst schreiben. Jetzt macht sich diese Chipstüte gemeinsam mit ihren Brüdern und Schwestern auf einen langen Weg über verschiedene LKWs bis hin zum Supermarkt in Ihrer Nähe. Und diese Tüte kostet dann nur ein, zwei Euro? Da muss doch etwas faul sein!

Und wir fördern mit dem Kauf solcher Produkte, und auch diese Liste ließe sich beliebig erweitern, eben genau die oben erwähnten Strukturen.

Wenn wir die Bauern und vor allem die Lebensmittelkonzerne zwingen könnten (und das können wir nicht!), keine solchen minderwertigen Fertigprodukte mehr herzustellen, sondern nur noch hochwertige, dann könnten wir sie uns wahrscheinlich nicht mehr leisten (s.o.). Dann müssten wir sie uns selbst herstellen oder aber eben darauf verzichten und stattdessen täglich selbst aus frischen Zutaten hochwertige Nahrung zubereiten. Und wenn wir für jede Banane, die wir essen möchten, selbst in die Plantage laufen müssten um sie zu pflücken, dann hätten wir noch nie eine gegessen. Und wenn wir dafür, dass wir mitten im Winter Tomaten, Gurken und Paprika essen können, selbst das Holz fällen, sägen und hacken müssten, um die Heizung eines Gewächshauses damit zu betreiben, dann würden wir dankend ablehnen und auf diesen Luxus verzichten.

Wären wir dann weniger glücklich? Ich glaube nicht!

Sie meinen jetzt, wir haben zu wenig Zeit, um unsere ganze Nahrung aus Grund-Zutaten selbst zuzubereiten? Nun, vielleicht würde es sich ja lohnen, weniger Zeit in die Lohnarbeit zu investieren und dafür weniger Geld für hoch verarbeitete und minderwertige Lebensmittel auszugeben, und weniger Geld für Dinge, von denen wir eigentlich wissen, dass wir sie sowieso nicht brauchen. Nur mal so als Beispiel... Ganz nebenbei würden wir dadurch auch weniger Lohnsteuer und Mehrwertsteuer bezahlen und unser Staat hätte weniger Geld zur Verfügung, um es in irgendwelche Kriegsgebiete zu pumpen.

Ich hoffe, ich habe den moralischen Zeigefinger jetzt nicht zu weit erhoben, auch ich selbst bin hier keineswegs perfekt. Aber wir alle sind in der Lage uns zu entwickeln und hier und da ein Schräubchen zu drehen. Und wenn wir etwas besser machen, als wir es früher gemacht haben, dann wird es uns damit auch besser gehen.

Alles Gute! **Christoph Roth**

## *Sprachlos gemacht*

Hallo Herr Hauke,

die Lesermeinung („Das verbitte ich mir"; #04/24 v. 21.02.2024) von Herrn Philipp war für mich schwer zu ertragen: Die Art und Weise, sich einerseits als Leser (und Versteher) wichtiger Autoren (Bhakdi und Wisnewski) wie auch lokaler Autoren wie Dr. Demanowski und Dr. Heinemann zu bedienen und denen dann andererseits eine „Faktenflut mit wenig erkennbarem Zusammenhang" vorzuwerfen, macht mich sprachlos und wütend.

Ich alter, weißer Mann konnte sowohl Bhakdi als meistens auch Wisnewski inhaltlich folgen. Ich war froh, von denen so viele Fakten kompakt präsentiert zu bekommen!

Dann den Herren Demanowski und Heinemann mal so „aus der Hüfte geschossen" den Doktortitel, und gar den Besuch einer Uni infrage zu stellen, halte ich nicht nur für eine Unverschämtheit, sondern für ein Indiz, dass unser Maximilian Philipp vielleicht selbst keinen naturwissenschaftlichen Abschluss fertigbekommen hat? Lassen wir ihn mal antworten, welcher Profession er zuzuordnen ist!

Herr Maximilian Philipp: Mich hat man nach meiner Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin 1986 aktenkundig belehrt, dass die Nennung des 2. akademische Grades (Dr.) in Angaben meines Nachnamens als akademischer Namenszusatz obligatorisch ist. Missbrauch durch Benutzung oder Weglassen strafbar wäre.

Ob das in der aktuellen Rechtsprechung der Bundesrepublik auch noch so ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Es soll da ja in Kreisen der Politik offene Fragen geben. In Spannung auf Ihre Antwort

**Dr. rer. nat. Ralf Kalke**

## *Deutschland ist arm dran*

„Die Energiewende garantiert den Wohlstand Deutschlands", sagte am 24.01.2024 Bundeswirtschaftsminister Habeck. Das klingt wie ein Märchen für die meisten Normalbürger, denen die sog. Energiewende nur existenzgefährdende Kosten beschert hat. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist der Normalbürger durch die Regierungspolitik immer ärmer geworden, z.B:

• durch die Einführung des Niedriglohns. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts verdiente 2023 fast jeder Vierte in Deutschland weniger als 14 Euro brutto pro Stunde. Davon kann der Betreffende weder gut leben (was Herr Spahn einst für möglich hielt!), noch etwas für die zu erwartende Niedrigrente zurücklegen und schon gar nicht Pflegekosten in Höhe von 2.600 Euro/Monat bezahlen.

• durch immer weitere Absenkung des Renten-Niveaus. Jeder vierte Rentenempfänger bekommt weniger als 1.000 Euro/Monat. Frauen sind davon besonders betroffen. 53,5 % der Rentnerinnen erhalten weniger als 1.250 Euro/Monat. Dazu mal ein Vergleich der sog. Nettoersatzrate in verschiedenen Ländern aus dem Jahr 2021 (Angaben in % des letzten Gehalts): Niederlande 89, Griechenland 84, Italien 82, Frankreich 74, Deutschland 53 (damals war's!), Litauen 31.

• durch ständig steigende Mieten. 2023 fehlten in Deutschland 910.000 Sozialwohnungen, in Berlin 130.000. Wer nicht bei Verwandten oder Bekannten unterkommt, der muss eben würdelos unter der Brücke hausen.

Sollte sich jemand von den Regierenden eventuell als Volksvertreter verstehen und nicht lobbygesteuert sein, dann müsste er sich um die Nöte und Ängste seiner Wähler kümmern. Gemäß einer Allensbach-Studie vom Januar 2024 sorgen sich die Bürger erstens um die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Europa, zweitens um die ansteigende Kriminalität und drittens um die Hyperinflation – zuletzt um die angebliche Klimarettung. Die Sorge ist nicht unbegründet. Mit Steuergeldern (im Jahr 2023 waren es 3,58 Mrd. Euro/Monat für rund 3,9 Millionen erwerbsfähige Personen!) wird das Bürgergeld bezahlt, in dessen Genuss (!) etwa zu gleichen Teilen Deutsche und Ausländer kommen. Zur Flüchtlingsproblematik fand der allseits geschätzte, ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt bereits 2015 in einem Interview mit Sandra Maischberger klare Worte: „Die Zuwanderung aus fremden Zivilisationen schafft mehr Probleme als es uns auf dem Arbeitsmarkt an positiven Faktoren bringen kann!" Seit 2015 wird die Willkommenskultur gepflegt. Scheinbar ist die unkontrollierte, eigentlich ungesetzliche Einwanderung gewollt. Mit Flüchtlingen kann man viel Geld verdienen (Frankreichs Präsident Macron machte anfangs Deutschland den Vorwurf, moderne Sklaverei zu betreiben!). Dem Volk gegenüber wird die Zuwanderung mit dem Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland begründet. Mehrheitlich kommen aber keine Fachkräfte. Ein großer Teil geht nicht in den Arbeitsmarkt, sondern in die Sozialsysteme.

Das LKA Berlin warnte bereits 2022 vor „einem zunehmenden Strom krimineller Akteure in den EU-Raum". Innerhalb eines Jahres haben Kriminelle in Berlin mehr als 42 Mill. Euro erbeutet. Aber es geht nicht nur um Geld. Besorgniserregend ist die Zahl der Messerangriffe – 3.317 im Jahr 2022, 3.350 im Jahr 2023!

Sicher meint der Herr Habeck den Wohlstand für die energieliefernden Branchen, die mittels LNG-Beschleunigungs- und Energiegesetz sagenhafte Gewinne machten/machen? Dagegen fürchten besonders ostdeutsche Wirtschaftsvertreter um ihren Standort und schreiben Brandbriefe an Bundeskanzler Scholz. Ifo-Präsident Fuest kommentierte kürzlich: „Die deutsche Wirtschaft steckt in der Rezession fest." Allein in Berlin stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Jahresvergleich um fast 30%. Mittlerweile erkennt Herr Habeck, dass sich „die deutsche Wirtschaft in einem schweren Fahrwasser" befindet! An die eigene Schuld denkt er natürlich nicht.

Den Schuldenhaushalt 2024 bezeichnet der Bundesfinanzminister Lindner als Gestaltungshaushalt! Großzügig werden 60 Mrd. Euro Entwicklungshilfe in der Welt verteilt, auch beim Militärhaushalt gibt es keine Abstriche („Sondervermögen", Waffenlieferungen für die Ukraine). Steuererhöhungen und Subventionskürzungen sollen die Finanzlücke reduzieren. Respekt für die Bauern, die auf die Straße gingen/gehen, um gegen die desolate Politik der Ampel-Regierung zu demonstrieren. Ihr Motto: „Wer die Bauern quält, wird nicht gewählt!" Wäre doch sicher auch ein gutes Beispiel für die Bürger mit den oben geschilderten Sorgen und Ängsten!

Keine Existenzsorgen müssen sich die 736 Bundestagsabgeordneten und die 751 EU-Parlamentarier in Brüssel machen. Zur Arbeitserleichterung stehen ihnen 6.000 aktive Lobbyisten aus der Wirtschaft bzw. 40.000 EU-Bedienstete zur Verfügung, die großzügig mit Steuergeldern entlohnt werden, wie auch die ca. 240 Bediensteten des Bundespräsidialamtes. Daher ist es leicht zu verstehen, dass Proteste klein geredet bzw. Umsturzfantasien unterstellt werden. Um ihre Privilegien/Macht zu erhalten, werden Hetzveranstaltungen gegen vermeintliche „Antidemokraten" organisiert. Die instrumentalisierten Demonstranten oder ihre Veranstalter bemerken in ihrem Übereifer nicht einmal die Widersprüchlichkeit bei den mitgeführten Plakaten. Auf einem steht „Gegen Hass und Gewalt", auf einem anderen „Ganz Berlin hasst die AfD". Kinder halten Plakate hoch, auf denen „Alle hassen die AfD" zu lesen ist. Als die AfD-Vorsitzende Alice Weidel den sog. Volksparteien im Bundestag vorwarf, Deutschland zu hassen, gab es Tumulte. Liegt sie da falsch?

Als edel ist es zu bewerten, dass die Regierenden nicht nur an sich selbst zuerst denken, sondern auch abgewählten, zurückgetretenen, untauglichen und enttäuschten Parteimitgliedern mit „fetten" Posten ihr weiteres Dasein versüßen. Sie finden sich dann im Europäischen Parlament (Frau U. von der Leyen, die Herren Hofreiter, Oettinger, Schulz, Weber) und auf Vorstandsposten (Frau A. Nahles) wieder. Andere Verdienstvolle bekommen lebenslang einen sog. Ehrensold von > 200.000 Euro/Jahr (die Ex-Bundespräsidenten Köhler und Wulff – beide trotz vorzeitigen Rücktritts – und Gauck) und werden von einer umfänglichen Entourage beschützt, gefahren und bürotechnisch unterstützt. Wie schön!

**Dr. H.-J. Graubaum**

## *Zauberwort: Frieden*

Als 83-jähriger habe ich ein Problem im Geschichtsverständnis! Nicht bewusst, doch schon erlebt: den 2. Weltkrieg. Als Kriegshalbwaise sind mir aus „Fürstenwalder Sicht" schon noch Erlebnisse in Kindheit, Schulzeit und den Jahren danach in unschöner Erinnerung geblieben! „Nie wieder Krieg" habe ich lange gehört. In Ost und West, dank der medialen Aufklärung aus dem täglichen Leben.

Ich denke, wir alle hatten Glück, denn der „Kalte Krieg" blieb kalt. Aber eines blieb Maxime: „Nie wieder Krieg!"

Der „Wettbewerb der Systeme" war lange ausgeglichen und allgemein war die Absicht, sich gegenseitig auszulöschen, nicht ausgeprägt. Wir hatten damals sozusagen Glück gehabt.

Das ausgeglichene Kräfteverhältnis zwischen den „Blöcken" ging 1990 verloren, ein fataler Fehler der Geschichte. Die Schwäche der Sowjetunion wurde brutal missbraucht und zeigt sich aktuell im Bru-

derkrieg in der Ukraine und Russland.

Niemand sorgt sich im Rahmen der Geopolitik um Frieden. Alles haut drauf! Wie soll das enden? Hatten wir das nicht schon mal?

Wo ist der Verstand, die Logik, die Übersicht geblieben? Viele Möchte-Gern-Politiker üben sich in Revanchismus, verlangen vom Deutschen Volk höhere Leistungen im „Krieg mit Russland“ (Baerbock). Und genau sie setzt sich ein für „Freiheit in Russland“ (wörtlich). Ist Baerbock dafür gewählt?

Ein sogenannter „Stellvertreterkrieg“ mit westlichen Hightech-Waffen erinnert mich an Spanien als Übung des deutschen Militärs vor Beginn des 2. Weltkrieges. Oder?

Was mutet man dem Deutschen Volke eigentlich zu? Ziel ist immer Tod und Vernichtung. Es ist nicht unser Krieg, es ist auch nicht nötig aufzurüsten. Aktuelle Debatte sind A-Waffen für Deutschland, wer bedroht also wen? Wer spinnt hier?

Deutschland muss raus aus der NATO! Kriegstreiber und Kriegsgewinnler haben in der deutschen Politik nichts zu suchen! Diese verheerende Waffenproduktion und -lieferung aus Deutschland und Europa muss geächtet werden! Nicht gegenseitige Bedrohung, sondern friedliche Koexistenz sollte in der Außenpolitik das Sagen haben. Politik ist die Fähigkeit zum Kompromiss.

Wir müssen den etablierten Parteien die rote Karte zeigen. Ziehen wir also den „Publikums-Joker“ nach dem Modell „Grünheide“. Weiter so! Wir, die Alten, sind am Wahltag gefragt, weg mit den jungen Spinnern. Denn sie wissen nicht, was sie tun!

**Gerd Scheffler**

## *DDR 2.0*

Liebe ehemals westdeutschen Bürger,

wir Alt-Ossis möchten euch herzlich in der DDR 2.0 begrüßen. Ihr denkt wirklich noch, ihr habt mit eurem freiheitlichen und demokratischen System und freien Medien, das ihr bis 1990 hattet und wir Ossis bis zur Herrschaft von der ehemaligen FDJ-Sekretärin auch genießen durften, gewonnen? Na dann, guten Morgen, wacht mal auf! Die neue SED ist wieder da. Sogar die ehemalige Blockpartei CDU gibt es wieder. Und ja, auch das „Schild und Schwert der Partei“ wurde wieder neu aufgelegt. Hat jetzt nur einen anderen Namen. Doch sie haben jetzt Konkurrenten, eine davon nennt sich „Correctiv“. Ein Verein, der mit Stasi-Methoden private Treffen ausspioniert und dann mit Lügen und Halbwahrheiten die Medien verrückt macht. Kurze Zeit später hat Correctiv in seinem Internetbeitrag schnell ein paar Worte geändert und wahrscheinlich gedacht, sie kämen damit durch.

Doch das Internet vergisst nie. Dann war die stellvertretende Chefin dieser Vereinigung beim Presseclub zu Gast und behauptete zum Beispiel, dass Correctiv nie behauptet hätte, dass auf diesem Treffen von „Deportationen“ gesprochen wurde. Das hätten die Medien von sich aus so behauptet, sagte sie. Sie behauptete auch, dass ihr Verein nur von Spenden lebt. Nun, dass diese Frau für ihren Verein lügt, kann man irgendwie noch nachvollziehen. Was mich entsetzt hat, ist die Tatsache, das der Moderator dieser Sendung nicht eingegriffen hat und klarstellte, dass dieser Verein Millionen Euro Steuergelder von der Regierung bekommt. Soweit zum Zustand der deutschen Medien. Da kann auch mal ein Herr Böhmermann einfach mal so heraushauen „Nazis keulen!“, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Da können linksradikale Demonstranten auf einer Demo ein Plakat vor sich hertragen mit dem Spruch „AfDler töten“, und die Polizei läuft daneben, ohne einzugreifen. Stellt euch mal vor, das wäre eine AfD-Demo gewesen, und die hätten ein Plakat mit dem Spruch „Grüne oder SPDler töten“ vor sich hergetragen. Ob dann die Polizei auch so friedlich nebenhergelaufen wäre? Und gab es Konsequenzen für diese linksradikalen Demonstranten oder eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen diese Polizisten? Zu den ganzen Demos gegen rechts, da lassen sich gute, ehrliche Menschen von den derzeitigen Machthabern einspannen und missbrauchen. Doch die meisten von ihnen haben es schon gemerkt, dass sie benutzt werden. Von den Hunderttausenden in ganz Deutschland sind nur noch einig Zehntausend übriggeblieben. Und dann fantasieren die Medien und Politiker davon, dass die „schweigende demokratische Mehrheit“ endlich aufsteht. Und auch die Kirchen rufen zu Demos gegen rechts auf. Haben diese Kirchen nicht genug damit zu tun, erst mal den Kindesmissbrauch und die Kindesmisshandlungen in ihren Reihen aufzuarbeiten? Ich glaube, da gibt es noch jede Menge zu tun! Die derzeitigen Machthaber sehen ihre Felle davon schwimmen, darum spalten sie das Volk, um ihre eigene Haut zu retten. Und dass die Medien mitspielen. ist klar, denn auch ihre Felle schwimmen auf und davon. Besonders die des ÖRR. Wenn sich Frau Feser mit ihrem „Demokratieabschaffungsgesetz“ durchsetzt, wird es bald noch mehr solcher Vereine wie Correctiv geben, bei denen man sich melden kann, um den Nachbarn anzuschwärzen. „Herzlich willkommen in China“. Kennen wir so was nicht schon aus unserer Vergangenheit? Haben wir Ostdeutschen das nicht sogar schon zweimal erlebt? Brauchen wir das wirklich noch ein drittes Mal? Wenn es nach Frau Feser und Co geht, sind nur diejenigen gute Menschen, die der grünlinken Ideologie folgen, alle anderen sind böse Rechtsradikale oder sogar ganz böse Nazis.

Noch etwas Lustiges zum Schluss. Die CDUler beklatschen und unterstützen die Demos gegen rechts, bezeichnen sich aber selbst als rechts-konservative Partei. Das ist ja bald so, als wenn der Schlachter in den Schweinestall kommt und die Schweine jubeln und klatschen Beifall. Benutzen sie ihr eigenes Gehirn und bleiben sie weiterhin frei.

**Fred Müller**

## *Die Landesregierung, wir Bürger und unser Wasser*

Es geht mal wieder um Tesla, vielmehr um das Abwasser von Tesla. Da habe ich doch sehr verwundert in der MOZ vom 26.02.24 unter der Überschrift „Grenzwerte überschritten – WSE will Gigafactory-Abwasser nicht mehr entsorgen“ gelesen, dass der Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) in einer Sondersitzung über einen Einleitungsstopp entscheiden will. Es geht um den Zeitraum vom 31.03.2022 bis zum 9.02.24.

Jetzt sitze ich alle vier Wochen im Landwirtschafts- und Umweltausschuss im Landtag in Potsdam. Meistens steht das Thema Tesla in irgendeinem Zusammenhang auf der Tagesordnung. Und da „vergisst“ die Landesregierung mit Minister Vogel und das Landesumweltamt mal einfach, uns gewählte Volksvertreter, die vor Ort wohnen und bekanntermaßen da auch in der Gemeindevertretung sind, zu informieren? Man leitet auch keinerlei Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung und unser aller Wasser ein. Stattdessen versucht man eine Tesla-Erweiterung (B-Plan 60), die die hiesige Bevölkerung nicht will, durchzudrücken.

Jetzt habe ich und viele Bürger mal ein paar Fragen in Richtung Potsdam und Beeskow:

1. Seit wann sind dem Landesumweltamt die erheblichen Grenzwertüberschreitungen im Abwasser (Phosphor, Stickstoff usw.) bekannt?
2. Wann hat sich das Landesumweltamt wegen der erheblichen Gefährdung für Menschen, Tiere und Pflanzen dazu mit Tesla und dem WSE in Verbindung gesetzt?
3. Ist geplant, Tesla die Betriebserlaubnis bis zum Abstellen der erheblichen Mängel zu entziehen?
4. Ist dem Landesumweltamt und Minister Vogel bekannt, aus welchen Produktionsprozessen diese erheblichen Belastungen kommen, gab es Betriebsstörungen, die zu diesen Belastungen führten, und wenn nein, auf welche Weise wird die Landesregierung nachforschend tätig werden?
5. Plant das Landesumweltamt eine unabhängige Untersuchungsgruppe für die Vorfälle oder auf welche andere Weise möchte die Landesregierung die Bevölkerung und das Wasser in Zukunft vor erheblichen Umweltbelastungen schützen?
6. Warum wurde der Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (ALUK) im Landtag nicht über die Grenzwertüberschreitungen informiert? Warum wurde die Gemeindevertretung Grünheide nicht informiert? Warum wurden die Bürger nicht informiert?

**Kathi Muxel, AfD-Landtagsabgeordnete aus Grünheide**

## *Korruption, Hetze, Verleumdung*

Wie heißt es doch so schön? Dummheit ist eine natürliche Begabung. Wer sind bitte die Wenigen, die noch der Ampel huldigen? Diese Menschen haben mein ganzes Mitgefühl für ihre natürliche Begabung. Sie sollen auch demonstrieren gehen, zu Hunderttausenden und sich der Ampel in Verwirrung weiter zu Füßen legen. Das sind sicher auch die Menschen, die es loben, dass es der Ministerpräsident Brandenburgs in all seiner Nächstenliebe vollbrachte, eine Autofabrik eines superreichen, raffgierigen Amis, der gern auf dem Mars leben will, in unseren schönen, gesunden Wald von unserem Dorf Grünheide zu setzen. Dabei nutzte er die natürliche Begabung eines korrupten Stasi-Bürgermeisters. Gewiss folgten beide, Landesvater und Bürgermeister, der natürlichen Begabung, uns aus unserer Heimat vertreiben zu wollen. Es gibt ja noch nicht genügend Flüchtlinge in Deutschland! Der ignorante Landesvater log sogar im 45-Minuten-Interview (Phönix-TV 4.2.2024) das Flüchtlingsproblem einfach weg. So wird Politik gemacht! Und es geschah schon 2019. Aber sie ist noch immer nicht wieder weg, die Fabrik. Stattdessen werden Straßen kaputt gefahren bis nach Neuhardenberg zum Flugplatz, Bäume werden überall abgeholzt an der A10 für unsinnige Zu- und Abfahrten, der Hangelsberger Kreisel wird zur Ampelkreuzung. Wir kotzen auf die Ampel, so wie der grüne Wirtschaftsminister auf Deutschland! Wozu, wofür, weshalb, warum das alles? Sinnlos! Es ist zum Heulen mit den korrupten Politikern. Und ja, es geht alles nach Recht und Gesetz für den Ami, aber wir bezahlen die Infrastruktur und die Zerstörung unserer Heimat! Und in jedem Interview lobt sich der Landesvater für Tesla. Damit es nun endlich richtig passt, sollen noch 18 Windräder im Wald zwischen Hangelsberg und Kienbaum auf 370 ha aufgestellt werden. Wozu brauchen wir noch den Wald? Und es wird immer schlimmer. Nämlich immer mehr Flüchtlinge, Inflation, steigende Spritpreise, steigende Preise für Gas und Strom, steigende Preise für Lebensmittel, steigende Baukosten, steigende Mieten, steigende Preise im Restaurant. Das ist wunderbar und sicher eine Umerziehungsmaßnahme wegen der täglich sichtbaren Klimakrise, die leider mit dem Wetter nichts zu tun hat, was auch schade ist. Denn dann könnte man ja an die Klimakrise glauben. Und außerdem Gelder für ganz Afrika, für halb Südamerika, für China, für Afghanistan, für Waffen, für Waffenfabriken, für Kriegsunterstützung. Aber es gehört sich natürlich für einen anständigen, auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden Bürger nicht, dafür auf die Straße zu gehen. Die englische Königin Viktoria lehrte ihrem Volk die Weisheit, lerne leiden ohne zu klagen. Dieser Weisheit sollten wir uns nicht bemächtigen, sondern wirklich auf die Straße gehen, dafür dass, der Haushaltsplan für 2024 gekippt wird und die Ampel ausgeschaltet wird, denn sie zerstört die Demokratie. Wir sollten auf die Straße gehen, dafür, dass ein superreicher, diabolischer Soros hier über das kriminelle Mediennetzwerk Correktiv nicht Hetze verbreitet, Verleumdung, und Verwirrung stiftet, dass er aufhört die Klimakleber zu finanzieren. Das überhaupt alle diese superreichen Amis aufhören, uns hier nach ihrem Willen zu quälen mit kriminellen Impfstoffen von Bill Gates, mit Medienkorruption von Zuckerberg, mit Lieferdiensten von Bezos, mit Elektroschrottautos von Musk usw.

Noch einmal, damit es auch die mit der natürlichen Begabung begreifen: Wir haben kein Rechtsextremismusproblem seitens der Bürger, deshalb geht die Gefahr nicht von den Bürgern aus. Die angeblich rechte Gefahr ist reine Verleumdung aller Bürger durch die Ampelpolitiker. Wir wollen diese Bundesregierung nicht mehr! Wir Bürger spielen keine Rolle. Wir haben eine Regierung, die uns Bürger gegeneinander aufhetzt, um ihre Unfähigkeit zu verdecken. Herr Bundespräsident, entbinden Sie den Kanzler von seinem Amt, sonst wird es ein schlimmes Ende geben. Beim WEF wurde im Januar die Losung ausgegeben, dass sich die Reichsten, die Konzerne und die Politiker verbinden müssen in PPP, PublicPrivatPartnership, also Politiker müssen machen, was die Konzerne brauchen. Dann geht man mit KI gegen die Wahrheit vor, d. h. weltweite Zensur. In Grünheide sind für das Geld des Auto-Ami alle Beschlüssen von Davos schon längst realisiert. Das Grundgesetz ist in Grünheide außer Kraft. Da nützt es nichts, wenn eine nicht rechtsverbindliche Einwohnerbefragung durchgeführt wird, in der die Tesla-Erweiterung massiv

abgelehnt wird. Nach der Befragung wird schon wieder gegen den Bürgerwillen gehetzt, derart, dass es heißt, die Vorteile der Erweiterung hätten besser erklärt werden müssen. Das bedeutet, nachträglich die Bürger für zu blöd zu disqualifizieren! Wir Bürger wollen keinen Heimatdiebstahl! Lernen Sie sich selbständig zu informieren bei unabhängigen Medien, bitte. Wir sollten auf die Straße gehen für den Tesla-Rückbau, für mehr Wohnungen, höhere Löhne, anständige Arbeitsbedingungen, Abschiebung von unberechtigten Flüchtlingen, höhere Renten, bessere Infrastruktur, Senkung der Inflation, unabhängige, ehrliche Medien, niedrige Energiepreise, ein gutes Bildungssystem, ein gutes, nicht betriebswirtschaftlich arbeitendes Gesundheitssystem, für unser Grundgesetz. Wir sollten nicht, wir müssen endlich sofort dafür auf die Straße, Wenn wir das machen, sind wir wieder ein Volk! Vorbild Frankreich **Dr. R. Heinemann**

## *Wo bleiben die Rentner?*

Es vergeht keine Woche, in der nicht eine Beschäftigtengruppe Lohnkämpfe und Streiks um höhere Löhne, Einmalzahlungen und Inflationsausgleichzahlungen ankündigt und durchführt.

Die Gewerkschaften heizen diesen Prozess kräftig an, machen sich zum Organisator dieser Lohnkämpfe und wollen sich damit profilieren! Wie schön für die Beschäftigten, jemanden zu haben, der ihre Interessen vertritt. Wir reden von Lohnerhöhungen von zum Teil über 10% monatlich oder mindestens 500 Euro mehr Monatslohn und bis zu 3.000 Euro Inflationsausgleich!

Wer denkt bei diesen Prozessen an die ca. 20 Millionen normalen Altersrentner, die nach 45 Arbeitsjahren monatlich durchschnittlich 1300 Euro Rente erhalten (48% des früheren Einkommens), die 1,7 Millionen Beamtenpensionäre mit nicht erklärbaren 65% ihres früheren Einkommens als Pension sind schon abgezogen.

Diese Rentner haben die gleichen Lebensunterhaltskosten wie die, die heute im Arbeitsprozess stehen, die gleichen Mieten und gleichen Energiekosten!

Wo ist die Vertretung der Rentner? Welche Interessenvertretung kümmert sich um ihre Forderung nach höheren Renten? Der Staat? Wo bleibt ihr Inflationsausgleich und die angemessenen Rentenerhöhungen? Haben die Gewerkschaften in ihrer Großzügigkeit und Arbeitnehmerfreundlichkeit vergessen, dass die Rentner von heute die Gewerkschafter von gestern waren? Oder gilt: aus den Augen aus dem Sinn? Eine tolle Sozialpolitik!

Keine Partei hat in den Wahlprogrammen einen Gedanken an die Rentner verschwendet, immerhin über 25% der Wähler.

Aber es kann ja alles ganz anders sein und ich habe nur noch nicht die preisgünstigen Rentnersupermärkte gefunden, oder den Vermieter mit kleinen Rentnermieten oder den Rentner-Strom- und Gasanbieter mit niedrigeren Tarifen?

Die Gesellschaft wird nicht gespalten von den Reichen, die Gesellschaft spaltet sich selber in jetzt Arbeitende und ehemals Arbeitende, heutige Rentner. In diesem Prozess haben die Gewerkschaften eine führende Rolle!

Hoffentlich erinnern sich die vielen Rentner bei den anstehenden Wahlen an diese Ungerechtigkeit!

**Reinhard Petzold**

# „Corona war erst der Anfang“

## Das neue Buch von Michael Hauke

Das neue Buch von Michael Hauke ist da. Es ist die Fortsetzung seines Corona-Klassikers „Wie schnell wir unsere Freiheit verloren“, das vor zwei Jahren erschien und seitdem dreimal aufgelegt wurde.

Das neue Buch heißt: „Corona war erst der Anfang“. Es hat 280 Seiten und erscheint als Hardcover. Es kostet 19,90 € und fasst die Leitartikel zusammen, die Michael Hauke von Februar 2022 bis Februar 2024 geschrieben hat. Es zeigt einen klar erkennbaren roten Faden von den Grundrechtseinschränkungen aus der Coronazeit über die Impfkampagne, den Klima- und Genderwahn bis zur Masseneinwanderung und geplanten Bargeldabschaffung. Es zeigt auch, wie dieselben Methoden erneut angewendet werden, z.B. für „das Klima“ oder bei der Zensur der freien Meinung. Es belegt: Corona war erst der Anfang.

Michael Hauke: „Corona war erst der Anfang“
280 Seiten – Hardcover – 19,90 Euro – ISBN: 978-3-9824186-1-2

**Online:**
- www.hauke-verlag.de
- www.kopp-verlag.de (Bitte geben Sie „Corona war erst der Anfang“ als Suchbegriff ein)

**Fürstenwalde:**
- Hauke-Verlag, Alte Langewahler Chaussee 44

**Beeskow:**
- Musik & Buch Wolff, Eisenbahnstraße 140

**Erkner:**
- Buchhandlung Zweigart, Berliner Straße 21

**Woltersdorf:**
- Buchhandlung Wolff, Friedrichstraße 56
- Alpha-Buchhandlung, Berliner Straße 120
- Blumen Anders, August-Bebel-Straße 29
- Buchhandlung Woltersdorf, R.-Breitscheid-Straße 24

# Die deutsche demokratische Republik

**Von Michael Hauke**

Unser Land wird rasend schnell transformiert. Ob Energie- und Klimapolitik, ob Masseneinwanderung und importierte Gewalt, ob die Islamisierung ganzer Stadtviertel, ob Frühsexualisierung der Kinder, jährlicher Geschlechterwechsel und Gendersprache, ob Sanierungszwang und Heizungsverbot, ob „klimafreundliche“ Deindustrialisierung, ob Verbrennerverbot und E-Mobilität, ob Sanktions- und Kriegspolitik, ob digitales Zentralbankgeld oder Aufarbeitung der Coronajahre:

Was Deutschland in dieser Phase wirklich bräuchte, wären breite Debatten.

Aber genauso rasend schnell wie unser Land auf allen Ebenen transformiert wird, werden die notwendigen Debatten unterbunden – inzwischen sogar kriminalisiert. In einer wirklichen Demokratie wären sie erwünscht. Am Ende solcher Debatten würde das beste Ergebnis für unser Land stehen. Wo es aber um die Durchsetzung einer Ideologie geht, wo es um den unbedingten Glauben an ein verordnetes Narrativ geht, wo alle einer Meinung sein müssen, ist allein der Diskurs verdächtig. Die ihn führen wollen, sind „Feinde der Demokratie“.

Die freie Meinungsäußerung verschwindet rasant aus der Öffentlichkeit und hat sich im besten Fall aufs Private reduziert; aber auch hier werden immer mehr Menschen in dieser deutschen demokratischen Republik vorsichtig. Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ finanziert Meldestellen im ganzen Land, in denen privat geäußerte Meinungen denunziert werden sollen. Die Beratungen übernehmen sogenannte NGOs, die von der Regierung bezahlt werden und in Wahrheit nichts anderes als Regierungsorganisationen sind. Auf der Webseite des Familienministeriums heißt es: „Aktuell fördert das Programm etwa 600 Projekte, im nächsten Jahr stehen dafür 200 Millionen Euro zur Verfügung.“

Wer nicht im Gleichschritt mitmarschiert, wird aussortiert – im Namen von Vielfalt und Toleranz.

Dafür hat das Bundeskabinett das „Demokratiefördergesetz“ verabschiedet. Es soll nicht etwa eine altmodische Form von Demokratie fördern, in der jeder seine Meinung sagen durfte. Das Gesetz hat den Zweck, das jeweils ausgerufene Narrativ vor Widerspruch zu schützen. Man kann es nicht anders sagen: dieses Gesetz soll die Politik vor tatsächlicher Demokratie bewahren.

Die Vorgehensweise ist so simpel wie erfolgreich: Kritik ist „rechts“ und damit „demokratiefeindlich“. Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang (CDU) nennt es „staatswohlgefährdend“. Mit dem Demokratiefördergesetz wird Kritik am Staat zur Straftat. „Staatswohlgefährdend“ waren zuletzt die Bauern. Als die Unzufriedenheit nach wochenlangen Protesten zu sichtbar wurde, musste eine Wende her. Es trat eine weitere vom Staat finanzierte „Nichtregierungsorganisation“ auf den Plan. Die frei erfundene und inzwischen von Correctiv abgestrittene Behauptung, auf einer Art „Wannseekonferenz“ wäre besprochen worden, wie man rechtschaffende Deutsche mit Migrationshintergrund massenhaft deportieren könnte, war der Startschuss. Auf Großdemonstrationen demonstrierte die Regierungsspitze gegen die Opposition. Wem es angesichts solcher Bilder schaudert, der steht schon auf der falschen Seite und macht sich verdächtig.

Offiziell ist das Demokratiefördergesetz ein Statut gegen Hass und Hetze. Familienministerin Lisa Paus (Grüne) schreibt dazu auf der Webseite ihres Ministeriums: „Angesichts von Hass, Hetze und Gewalt müssen wir uns gegen Angriffe wappnen und unsere Demokratie widerstandsfähiger machen.“

Das klingt so schön einfach, ist aber sehr diffizil. Wer Gewalt von Migranten thematisiert, also eigentlich im Sinne des Gesetzes agiert, macht sich des Tatbestandes von „Hass und Hetze“ schuldig. Wer die Rückführung (Remigration!) krimineller Asylbewerber fordert, natürlich auch. Wer aber auf einer Demokratie-Demo Schilder zeigt, auf denen steht „AfDler töten“, der nicht. Wenn Tausende Menschen, die gegen Hass und Hetze auf die Straße gehen, skandieren: „Ganz Berlin hasst die AfD“, dann ist das im Sinne des Demokratiefördergesetzes und drückt den Wunsch nach Vielfalt aus. Wenn im gebührenfinanzierten Fernsehen zu körperlicher und seelischer Gewalt gegen Ungeimpfte aufgerufen wurde, wenn Menschen, die für ihre Grundrechte auf die Straße gingen, in den Mainstreammedien entmenschlicht wurden, wenn Menschen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gegen ihre eigenen Familienmitglieder (erst ungeimpft, jetzt „rechts“) aufgehetzt werden, dann ist das natürlich nicht Hass oder Hetze, sondern der Kampf für „Solidarität“ und damit ganz im Sinne des neuen Gesetzes. Wenn Menschen mit dem Grundgesetz in der Hand von einer völlig enthemmten Polizei ins Krankenhaus geprügelt wurden, dann war das keine Gewalt, sondern der begrüßenswerte Kampf gegen die „Tyrannei der Ungeimpften“.

Wenn Jan Böhmermann im ZDF dazu aufruft, Vertreter von AfD und FPÖ „zu keulen“, dann ist das weder Hass und Hetze noch Aufruf zu Mord und Totschlag, sondern lobenswerter Einsatz für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – und selbstverständlich durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Wer all das gutfindet und sich kopfnickend vor dem Fernseher sagen lässt, welche Meinung die richtige ist, bekommt kein Problem. Was „Hass, Hetze und Gewalt“ sind, bestimmen ausschließlich die Regierung und ihr Geheimdienst – und immer mehr auch die Medien.

Alles zum Wohle der Demokratie.

# EP: Electro Christoph

Electronic Partner

Hausgerätekundendienst - Meisterbetrieb -

**EP: Electro Christoph – Ihr Händler und Fachwerkstatt in Fürstenwalde**

BOSCH

## Bosch-Hausgeräte kauft man beim Fachhändler vor Ort!

**TOP-FINANZIERUNGS-ANGEBOTE**
auf alle Haushaltsgroßgeräte!

Unser Service macht den Unterschied

Service: (03361) 6 92 25 | Handy: 0171 - 7 27 37 47

Fürstenwalde, Einkaufszentrum Süd: Bahnhofstr. 22 A, Tel. 03361/5 71 02
Werkstatt: Langewahl, Am Luch 1-4

24 Stunden shoppen unter: www.ep-electro-christoph.de

# UNSERE KÜCHENAKTION*

**Beim Kauf eines Kochfeldabzuges erhalten sie gratis dazu: ein hochwertiges Kochtopfset mit kontrolliertem Dampfauslass – Das perfekte Team für Ihr Kocherlebnis zu Hause.**

*bis 31. März 2024

Küchenstudio
MENG elektro
seit 1920
Leuchtenstudio

**Breite Str. 3 • 15848 Beeskow**
Tel. 03366 20427 • www.meng-beeskow.de

**Öffnungszeiten:** Mo-Fr 9-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr
und nach Vereinbarung auch bei Ihnen zu Hause

**Unsere Erfahrung – Ihr Vorteil!**